



**Parlamentssitzung 26. Juni 2017**

**Protokoll**

Schloss Köniz, Rosstall  
19.00 – 23.05 Uhr

**Vorsitz** Andreas Lanz (BDP)

**Anwesend** Elena Ackermann (JGK)  
Christina Aebischer (Grüne)  
Annemarie Berlinger-Staub (SP)  
Beat Biedermann (BDP)  
Adrian Burkhalter (SVP)  
Vanda Descombes (SP)  
Heidi Eberhard (FDP)  
Anton Eder (CVP)  
Thomas Frey (BDP)  
Katharina Gilgen-Studer (SVP)  
Beat Haari (FDP)  
Fritz Hänni (SVP)  
Bruno Ineichen (BDP)  
Erica Kobel-Itten (FDP)  
Hanspeter Kohler (FDP)  
Hans Ulrich Kropf (BDP)  
Mike Lauper (SVP)  
Stefan Lehmann (SVP)  
Cathrine Liechti (SP)

Ruedi Lüthi (SP)  
Heinz Nacht (SVP)  
Katja Niederhauser-Streiff (EVP)  
Astrid Nusch Zanger (SP)  
Hansueli Pestalozzi (Grüne)  
Mathias Rickli (Grüne)  
Christian Roth (SP)  
Elisabeth Rüeegsegger (SVP)  
Bruno Schmucki (SP)  
Ronald Sonderegger (FDP)  
Arlette Stauffer (SP)  
Barbara Thür (GLP)  
Werner Thut (SP)  
Casimir von Arx (GLP)  
Iris Widmer (Grüne)  
Markus Willi (SP)  
Bernhard Zaugg (EVP)  
Reto Zbinden (SVP)

**Entschuldigt** Bernhard Lauper (SVP)

Thomas Marti (GLP)

**Gemeinderat** Ueli Studer (SVP), Gemeindepräsi-  
dent  
Rita Haudenschild (Grüne), Vizeprä-  
sidentin

Thomas Brönnimann (GLP)  
Katrin Sedlmayer (SP)  
Urs Wilk (FDP)

**Sekretärin** Verena Remund

**Protokoll** Ruth Spahr

## Inhaltsverzeichnis

1.	Protokoll der Parlamentssitzung vom 22. Mai 2017 .....	167
2.	Schulkommission - Ersatzwahl Daniel Matti.....	168
3.	Jahresbericht 2016 – Jahresrechnung und Verwaltungsbericht .....	169
4.	Planungsbeschluss (Mitte-Fraktion, SP) "Förderung des Vereinsangebots für Kinder und Jugendliche" .....	177
5.	Planungsbeschluss (Mitte-Fraktion, SP) "Rücksendung des Abstimmungscouverts" .....	183
6.	Kreditabrechnungen.....	183
7.	Wabern; Sanierung Gurtendorfstrasse .....	183
8.	1501 Postulat (SP Köniz) "Stopp der berufsbildungsfeindlichen Praktikumskultur an Kindertagesstätten in Köniz" .....	189
9.	1503 Motion (Grüne, GLP, BDP) "Velohauptachse Köniz-Bern-Ostermundigen" .....	191
10.	1529 Postulat (SP Köniz) „Pflicht zu Mehrweggeschirr bei Veranstaltungen auf öffentlichem Grund“ .....	193
11.	1701 Motion (Jugendparlament) "Zeitgemässe Abfallentsorgung in Köniz" .....	196
12.	Verschiedenes.....	198

## Begrüssung

**Parlamentspräsident Andreas Lanz:** Ich begrüsse alle Anwesenden zur anstehenden - hoffentlich letzten vor der Sommerpause – Parlamentssitzung.

Unser Spruch für heute: „Man hat keine Idee davon, wie schön die Welt eigentlich ist, wenn man nicht Meere und Länder durchstrichen hat.“ Ich hoffe, dass auch Sie in der Sommerpause entdecken können, wie schön die Welt eigentlich ist.

Es sind 37 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

## Mitteilungen

**Parlamentspräsident Andreas Lanz:** Geburtstag feiern durften seit der letzten Parlamentssitzung: Vanda Descombes, Katja Niederhauser-Streiff, Werner Thut, Bruno Ineichen und Ronald Sonderegger. Wir gratulieren herzlich und wünschen alles Gute im neuen Lebensjahr.

Eine weitere Gratulation: Letzten Samstag habe ich auf Twitter entdeckt, dass die Grüne Partei Köniz ihr 20-Jahr-Jubiläum feiern darf. Ich gratuliere herzlich und wünsche weiterhin lustvolles Politisieren.

**GPK-Präsidentin Barbara Thür (GLP):** Die GPK hat 2015 in ihrem Bericht über die Entschädigungen der Gemeinderatsmitglieder und Gemeindeangestellten für die Nebenbeschäftigungen und nebenamtlichen Funktionen empfohlen, dass eine gemeindeexterne Revisionsstelle regelmässig – d. h. mindestens einmal pro Legislatur – das Behördenregister, welches die Nebenbeschäftigungen und Funktionen der Gemeinderäte auflistet, überprüft. Die Firma Engel Copera hat die Prüfung der Daten aus dem Berichtsjahr 2016 nun 2017 durchgeführt. Die GPK ist mit dem Bericht der Revisionsstelle zufrieden. Der Bericht zeigt, dass das „Reglement über die Entschädigung und Nebenbeschäftigungen der Mitglieder des Gemeinderats und über weitere Entschädigungen“ von den Mitgliedern des Gemeinderats eingehalten wird. Eine nächste Prüfung durch eine unabhängige Revisionsstelle soll 2019 stattfinden.

**Parlamentspräsident Andreas Lanz:** Die Akten für die heutige Sitzung sind Ihnen am 1. Juni 2017 zugestellt worden, das Protokoll mit Nachversand am 8. Juni 2017 und der Nachversand der GPK-Berichte zu den Verwaltungsbesuchen am 21. Juni 2017.

## Traktandenliste

**Parlamentspräsident Andreas Lanz:** Da das Wort nicht gewünscht wird, gehen wir gemäss der vorliegenden Traktandenliste vor.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

### 1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 22. Mai 2017

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer SP):** Auf Seite 153 ist der Satz: „Die zweite Studie, eine Möglichkeit für die Erschliessung von Bern Süd, bzw. Köniz zu prüfen, wurde durch uns ausgelöst“, ist wie folgt zu korrigieren: „Die zweite Studie, eine Möglichkeit für die Erschliessung von Bern Süd, bzw. Köniz zu prüfen, wurde durch uns *gefordert*“. Der Begriff ausgelöst ist hier nicht richtig, ich habe mich an der Parlamentssitzung nicht korrekt ausgedrückt.

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Ich bitte um Korrektur des folgenden Satzes auf Seite 151: „Überholt man als Velofahrender einen solch langen Bus, kann dies sehr gefährlich werden.“ Richtig sollte er lauten: „*Wird man als Velofahrender von einem solch langen Bus überholt, kann dies sehr gefährlich werden.*“

Die Richtlinienmotion 1611 lautet korrekt: „Metro Nord-Süd – Verlängerung der RBS-Linie nach Köniz – Schwarzenburg“. Im Protokoll ist Bern-Süd aufgeführt.

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 22. Mai 2017 wird genehmigt.

## 2. Schulkommission - Ersatzwahl Daniel Matti

Wahl; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsident Andreas Lanz:** Daniel Matti tritt als Mitglied der Schulkommission per 31. Juli 2017 zurück. Als Nachfolgerin schlägt Ihnen die SP-Fraktion Vanda Descombes vor. Der Gemeinderat prüfte den Wahlvorschlag und die GPK begutachtete den Antrag ans Parlament.

**GPK-Referent Thomas Frey (BDP):** Die PK hat beschlossen, das Parlament auf die Grundlagen hinzuweisen, die für die Wahl von Schulkommissionsmitgliedern bestehen: Die Schulkommission besteht aus 9 Mitgliedern, aktuell aus 1 BDP-, 1 EVP-, 2 FDP-, 1 Grüne-, 2 SP- und 2 SVP-Mitgliedern. Man möchte eine ausgewogene Verteilung zwischen Männern und Frauen, die Schulkreise sollen alle vertreten sein. Im Bildungsreglement ist ein Anforderungsprofil für die Schulkommissionsmitglieder festgelegt.

Vor uns liegt der Antrag des Gemeinderats für die Nachfolge von Daniel Matti. Die SP-Fraktion schlägt Vanda Descombes als Nachfolgerin vor. Der Gemeinderat prüfte die Kandidatur und beantragt dem Parlament, Vanda Descombes als Mitglied der Schulkommission zu wählen. Es zeigt sich, dass das Mandat für die Schulkommission anspruchsvoll und aufwändig ist und Nachfolgeregelungen nicht mehr so einfach zu lösen sind, wie dies vor der Einführung nur noch einer Schulkommission der Fall war. Zur ausgewogenen Vertretung von Mann und Frau in der Schulkommission: Sofern Vanda Descombes gewählt wird, werden schlussendlich nur noch zwei Männer vertreten sein. Ob dies eine ausgewogene Verteilung ist, ist eine andere Frage.

Die Kandidatur von Vanda Descombes ist in der GPK beraten worden und wir empfehlen dem Parlament einstimmig, Vanda Descombes als Nachfolgerin von Daniel Matti in die Schulkommission zu wählen.

**Fraktionssprecher Casimir von Arx (Mitte-Fraktion):** Die Mitte-Fraktion hat über die Rolle des Parlaments bei der Wahl von Schulkommissionsmitgliedern diskutiert und wie sie wahrgenommen werden kann. Mit der Reduktion auf eine Schulkommission wurde das relativ anspruchsvolle Anforderungsprofil eingeführt. Uns scheint wichtig, dass das Parlament irgendwie plausibilisieren kann, ob die Anforderungen erfüllt sind und dafür sind einige Informationen zu den vorgeschlagenen Personen notwendig.

Anlässlich der Wahl der gesamten Schulkommission am 26. Mai 2014 lag dem Parlament eine Tabelle mit den Wahlvorschlägen vor, die den Hintergrund der zur Wahl vorgeschlagenen Personen enthielt. Die heutige Wahl ist wohl ein Spezialfall, da wir alle Vanda Descombes als Mitglied des Parlaments kennen. Das heisst jedoch noch nicht, ob allen bekannt ist, inwiefern sie das Anforderungsprofil erfüllt. Wir bezweifeln dies im vorliegenden Fall nicht, sondern wir bitten den Gemeinderat, in Zukunft bei anstehenden Wahlgeschäften in knapper Form die relevantesten Informationen der zur Wahl vorgeschlagenen Person beizulegen oder falls dies aus Datenschutzgründen nicht möglich ist, eine kurze Erläuterung abzugeben.

**Thomas Frey (BDP):** In Bezug auf mein Votum von vorhin: Ich habe erklärt, dass die Schulkommission unter andren aus zwei Mitgliedern der FDP besteht. Das ist nicht richtig. Ich habe mich jedoch auf ein Schreiben vom 30. Mai 2017 bezogen, wo die Vertretungen wie von mir gesagt, aufgeführt sind.

---

### Wahl

Da die Nomination nicht bestritten wird, erklärt Parlamentspräsident Andreas Lanz Vanda Descombes (SP), für die laufende Amtsdauer bis 31. Juli 2018 gewählt als Mitglied der Schulkommission.

---

### 3. Jahresbericht 2016 – Jahresrechnung und Verwaltungsbericht

Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsident Andreas Lanz:** Die Unterlagen zu diesem Geschäft, der Bericht und Antrag des Gemeinderats, sowie der Jahresbericht 2016 mit der Rechnung und den Berichten der Verwaltungsbesuche der GPK, sind Ihnen mit den Akten für die heutige Sitzung zugestellt worden. Das Vorgehen: Zuerst spricht die Präsidentin der Finanzkommission, dann die Präsidentin der GPK und die GPK-Referenten. Danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament und zum Schluss die Abstimmung.

**Präsidentin Finanzkommission Erica Kobel-Itten (FDP):** Nun liegt er vor uns, der Jahresbericht 2016, in gut dargestellter und übersichtlicher Form. Der Bericht ist gut lesbar, er ist stimmig, die Zahlen sind dort erklärt, wo Erklärungsbedarf besteht.

An dieser Stelle danken wir allen Mitwirkenden, die an der Erarbeitung des Jahresberichts und der Rechnung 2016 mitgearbeitet haben, ganz herzlich. Wir wissen den Aufwand sehr zu schätzen.

Die Finanzkommission hat sich mit der Jahresrechnung und mit den Bemerkungen der Rechnungsrevision auseinandergesetzt. Sie konnte den zuständigen Gemeinderatsmitgliedern – die alle Rede und Antwort gestanden sind – die nötigen Fragen stellen. Die Rechnungsrevision erstellt jeweils einen Managementletter, der dem Gemeindepräsident und der Finanzkontrolle vorgestellt wird. Dabei geht es um gewisse Änderungen, Hinweise oder Ratschläge. An dieser Sitzung ist jeweils das Präsidium der Finanzkommission eingeladen und kann Fragen stellen. Davon hat die Finanzkommission Gebrauch gemacht.

Die Jahresrechnung 2016 schliesst um rund 1 Million Franken besser ab als erwartet. Das ist einerseits auf höhere Steuererträge und andererseits auf höhere Kosten bei den Tagesschulen und auf tiefere Einnahmen im Bussenwesen zurückzuführen. In der Finanzkommission gab die Rechnung 2016 nicht mehr viel zu diskutieren, da es sich um einen Rückblick auf ein vergangenes Jahr handelt. Einzig die Frage, ob man einerseits von Budgetgenauigkeit sprechen kann, wenn andererseits in der Rechnung 2016 Nachkredite von rund 10 Millionen Franken auftauchen – über rund 1 Million Franken davon stimmen wir heute noch ab, die anderen sind bereits auf niedrigerer Stufe passiert – hat Anlass zu Diskussionen gegeben. Weil jedoch der Betrag kaum von jenem aus dem Vorjahr abweicht und bei rund 3'000 Konti doch relativ tief ist, hat die Finanzkommission diese Diskussion diesmal nicht weitergeführt. Der Mehraufwand bei den Dienstleistungen und bei den Honoraren von Dritten erklärt sich aus den einmaligen Kosten, die einerseits für externe Aufträge, vor allem im Bereich der Grossaufträge zum Ried, und andererseits für ein Mandat für Finanzberatung von Gemeinden, entstanden sind. Dass die Busseneinnahmen zu hoch eingeschätzt worden sind, ist erkannt und wird im nächsten Budget eine Korrektur erfahren.

Die Finanzkommission hat der Rechnung 2016 nichts mehr beizufügen und sie empfiehlt dem Parlament einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats in den Ziffern 1 und 2.1 zu folgen.

**GPK-Präsidentin Barbara Thür (GLP):** Wie jedes Jahr haben die GPK-Mitglieder Verwaltungsbesuche durchgeführt. Die zuständigen Direktionsreferentinnen und –referenten haben mit ihren Stellvertretungen die Direktionen besucht. Trotz der vielen Fragen schätzen – gemäss Rückmeldungen der Gemeinderäte – die Direktionen diese Besuche sehr. Einige Gemeinderäte sind sogar der Ansicht, dass die Verwaltungsbesuche der GPK noch ausgebaut und der Kontakt intensiviert werden kann.

Die GPK dankt den Gemeinderatsmitgliedern und der Verwaltung auf alle Fälle herzlich für die offenen Diskussionen und den guten Empfang. Auch für die professionelle Arbeit und den grossen Einsatz zugunsten der Gemeinde und der Einwohnenden.

Neben vielen anderen Themen gab es auch in diesem Jahr wieder ein Querschnittsthema, das in allen Direktionen näher betrachtet worden ist: Die Leuchtturmprojekte. In der Legislatur 2014 – 2017, welche nun bald zu Ende gehen wird, sind zum ersten Mal Leuchtturmprojekte im Legislaturplan definiert worden, welche als ausserordentlich wichtig und innovativ für die Weiterentwicklung der Gemeinde Köniz eingestuft worden sind. Die GPK hat beschlossen, die Resultate der Projekte bei den Verwaltungsbesuchen genauer unter die Lupe zu nehmen.

Als Leuchtturmprojekte hat der Gemeinderat vor vier Jahren folgende geplant: Ein Könizer Volksfest, die Entwicklung einer 2000-Watt-Überbauung mit Vorbildcharakter, eine Velogemeinde, die zukunftsweisende Verkehrslösungen realisiert, zusammen mit Privaten ein Projekt für die zukünftige Nutzung des Chornhuus zu gestalten. Wie dem Bericht der Verwaltungsbesuche entnommen werden kann, klappte einiges, einiges auch nicht.

Der Gemeinderat und die Verwaltung haben sich – das kann zusammenfassend festgehalten werden – bemüht die Leuchtturmprojekte zum Leuchten zu bringen. Bei einigen ist jedoch das liebe Geld, d. h. das knappe Budget oder der Wille zum Sparen dazwischen gekommen.

Neben dem Dank an die Gemeinde möchte ich auch den Direktionsreferenten ein grosses Dankeschön aussprechen: Auf der einen Seite für die Erstellung des vorliegenden Berichts und auf der anderen Seite, dass sie mit Engagement immer wieder versuchen, einen tieferen Blick in die Verwaltungstätigkeit zu erhalten.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zu Ziffer 2.2, Verwaltungsbericht 2016, zuzustimmen.

## **DPF Direktion Präsidiales und Finanzen**

**GPK-Referent Thomas Frey (BDP):** Vanda Descombes und ich haben die DPF besucht.

Diesjähriges erstes Thema waren Höhe und Bewirtschaftung von Steuerausständen. Es gilt festzuhalten, dass Steuerveranlagungen, Inkasso und Bewirtschaftung der Steuerausstände grundsätzlich über die kantonale Steuerverwaltung laufen. Die Steuerausstände der Gemeinde Köniz werden einmal pro Jahr verbucht. Die Gemeinde Köniz schreibt jährlich 1,1 bis 1,3 Millionen Franken ab. Das mag als viel Geld erscheinen, bewegt sich jedoch im Vergleich mit anderen Gemeinden im Durchschnitt. Veranlagungen von juristischen Personen – d. h. von Firmen – können sich bis zu einem definitiven Entscheid lange hinauszögern und sind doch ziemlich massiven Schwankungen unterworfen. Die Steuerverwaltung der Gemeinde Köniz ist in diesem Bereich am Ball und hat Kontakt mit verschiedenen Firmen. Damit wird ein Ausgleich über die Jahre sichergestellt. Die Steuereinnahmen der Swisscom haben sich aufgrund von Arbeitsplatzverschiebungen weg aus der Gemeinde Köniz reduziert. Wir halten fest, dass die Steuerverwaltung alles im Griff hat und keine Massnahmen ergriffen werden müssen.

Das zweite Thema, das wir näher prüften, ist das Gemeindearchiv: Im Dezember 2010 wurde anlässlich eines Kontrollbesuchs des Regierungsstatthalters eine gewisse Kritik angemeldet. In der Zwischenzeit ist das Archiv überarbeitet worden. Für die Archivierung gelten klare Vorschriften. Ein erneuter Kontrollbesuch 2015 ergab, dass das Archiv der Gemeinde Köniz heute à jour und alles ok ist. Es gilt nun, die weitere Bewirtschaftung sicherzustellen. Entsprechende Massnahmen sind vorgenommen worden. Es bestehen klare Stellenbeschreibungen, wie auch Wegweisungen, Schulungen und klare Regelungen wer für was zuständig ist. Auch hier halten wir fest: Die Gemeindeverwaltung hat die Archivierung im Griff und es sind keine Massnahmen notwendig.

## **DPV Direktion Planung und Verkehr / Verkehr und Unterhalt**

**GPK-Referent Mathias Rickli (Grüne):** Die GPK hat zuerst zusammen mit dem Gemeinderat eine Auslegung der wichtigsten Herausforderungen im Bereich Verkehr vorgenommen. Es handelte sich um einen Ausblick mit gleichzeitigem Rückblick auf das bereits Aufgegleiste. Der Gemeinderat sieht hier den Doppelspurausbau Kehrsatz Nord bis Station Wabern zusammen mit der Langsamverkehrsachse entlang der Bahnlinie im Vordergrund, Stichwort Förderung des Fuss- und Veloverkehr. Für den Gemeinderat ist die Entwicklung des Gebiets Juch-Hallmatt in Niederwangen – eine bis anhin leere Wiese zwischen Fust-Gebäude und Bauhaus – die als Standort für die Kantonspolizei vorgesehen ist, ein wichtiges Projekt für die Gemeinde Köniz.

Den planerischen Scherbenhaufen nach der Ablehnung der Tramlinie 10 anfangs der Legislatur sieht der Gemeinderat pragmatisch und setzt auf ein gutes Verkehrsmanagement im Raum Köniz – Liebefeld mit einem Mix aus Veloförderung und einem Ausbau des bestehenden öV-Angebots mit entsprechenden notwendigen Infrastrukturmassnahmen. Wir haben zudem erfahren, dass der Gemeinderat grundsätzlich die Projektidee einer Metro aus dem neuen RBS-Tiefbahnhof Bern in Richtung Köniz – Schwarzenburg grundsätzlich unterstützt. Aufgrund seiner Erfahrungen erwartet er jedoch die Realisierung einer solchen Metro nach Köniz und weiter nicht vor 2045.

In einem zweiten Schwerpunkt hat sich die GPK das Management der öffentlichen Beleuchtung erklären lassen. In der Gemeinde Köniz beleuchten rund 4'200 Leuchtpunkte unsere Strassen. Aus der Sicht der GPK ist das Beleuchtungsnetz auf Kurs und die jährliche Effizienzsteigerung bei den Energiekosten von 2 Prozent geht in die richtige Richtung.

Ein Wort zum Leuchtturmprojekt „Köniz ist Velogemeinde“, auf welches wir einen speziellen Blick geworfen haben: Der Gemeinderat beurteilt die Umsetzung dieses Leuchtturmprojekts als positiv. Die GPK ihrerseits sieht hier eine gewisse Diskrepanz zwischen dem vielversprechenden Titel und der konkreten Umsetzung.

Wir wissen aber alle, dass verkehrsplanerische Geschichten sehr breite Akteurschaften zusammenbringen, was solche Vorhaben nicht einfach macht. Für die GPK ist jedoch wichtig, dass der Veloverkehr insbesondere im urbanen Gebiet, wo er den Verkehr doch auch entlastet, unterstützt wird und dies auch in Zukunft.

### **DPV Direktion Planung und Verkehr / Planung**

**GPK-Referent Beat Haari (FDP):** Inhaltlich zum Bericht habe ich keine Erläuterungen anzubringen, halte jedoch eine Ergänzung zum Bauinspektorat und zur Planungsabteilung fest: Mir ist wichtig festzuhalten, dass ich während dem Verwaltungsbesuch, aber auch während den Besuchen im Verlaufe des Jahres, stets motivierte und fachkompetente Mitarbeitende der beiden Abteilungen angetroffen habe. Das halte ich hier fest, weil es doch sehr zuversichtlich und positiv stimmt, dass der bevorstehende Wechsel in der Direktionsführung mindestens ohne grosse fachliche Probleme gemeistert werden kann. Das belegt schlussendlich auch, dass die Abteilungen sauber arbeiten.

### **DBS Direktion Bildung und Soziales**

**GPK-Referent Mathias Rickli (Grüne):** Die GPK hat sich in der DBS als erstes über den Stand der Planung im Zusammenhang mit der Bildungsstrategie, dem Bildungsreglement und der Zukunft der Spez-Sek-Klassen in der Lerbermatt informieren lassen.

Der Gemeinderat hat darauf hingewiesen, dass die Zukunft der Spez-Sek Lerbermatt im Rahmen der Bildungsstrategie und des Bildungsreglements geregelt werden soll. Die Bildungsstrategie, die zurzeit von der Schulkommission – in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat – erarbeitet wird, soll noch in dieser Legislatur dem Parlament zur Kenntnis gebracht werden. Von den rund 120 Schülern und Schülerinnen, die pro Jahrgang in einer Spez-Sek-Klasse der Gemeinde Köniz sind, besuchen rund die Hälfte Klassen in der Lerbermatt. Der Gemeinderat liess sich verlauten, er vermute, dass viele Eltern gar nicht wissen, dass an allen Oberstufenzentren in der Gemeinde Köniz – ausgenommen das OZ Niederwangen – ein Spez-Sek-Angebot besteht. Die GPK erachtet das Vorgehen in dieser Geschichte als zielführend, hätte sich jedoch gewünscht, dass über die Zukunft und die langandauernde Diskussion über die Spez-Sek Lerbermatt schneller hätte entschieden werden können. Die Angelegenheit zieht sich immer noch dahin.

Im zweiten Schwerpunkt widmete sich die GPK dem Thema Sozialhilfeleistungen in der Gemeinde Köniz und der Entwicklung im Zusammenhang mit der steigenden Anzahl an Menschen mit Migrationshintergrund. Die GPK hat zur Kenntnis genommen, dass gemäss heutigem Wissensstand die Kosten für die Sozialhilfe – ausgelöst durch die steigende Zahl an Flüchtlingen – durch das übrige Wachstum kompensiert werden sollte, so dass zurzeit keine speziellen Massnahmen notwendig sind.

Die DBS hat in der laufenden Legislatur keine Leuchttürme in Aussicht gestellt.

### **Direktion Sicherheit und Liegenschaften DSL**

**GPK-Referentin Vanda Descombes (SP):** In der DSL sind vier Themen näher betrachtet worden.

Das erste Thema ist das Gurtenfestival, zu dem ich mich nicht gross äussere, denn es handelt sich dabei um eine Erfolgsgeschichte in jeder Hinsicht: Es kostet die Gemeinde nicht viel oder gar nicht und sie macht dabei noch Gewinn.

Das zweite Thema betraf die Abstimmungen und Wahlen. Uns interessierte die Organisation von Abstimmungen und Wahlen, insbesondere aber das Abstimmungsverhalten nach dem Entscheid, dass die Abstimmungscouverts, wenn man sie per Post versendet, nun frankiert werden müssen. Inzwischen stimmen 90 oder noch mehr Prozent der Stimmbevölkerung brieflich ab und 50 Prozent der Abstimmungscouverts werden im Gemeindehaus Bläuacker eingeworfen. Dieses Abstimmungsverhalten kann vielleicht darauf zurückgeführt werden, dass die Abstimmungscouverts nun frankiert werden müssen. Die Verantwortlichen sind der Ansicht, dass die Tatsache, dass die Abstimmungscouverts frankiert werden müssen, sich nicht auf das Abstimmungsverhalten auswirkt. Allerdings sind keine Statistiken nach Altersgruppe vorhanden und deshalb kann nicht festgestellt werden, ob z. B. Jüngere weniger abstimmen gehen oder nicht.

In den Bereich dieser Direktion fallen noch zwei Leuchtturmprojekte: Das eine ist das Chornhuus und das ist teilweise nicht erfüllt. Das Projekt für die künftige Nutzung des Chornhuus ist noch nicht realisierungsreif. Die Gründe dafür können den Unterlagen entnommen werden. Fakt ist:

Für den Ausbau des Chornhuus sind Mittel in zweistelliger Millionenhöhe notwendig. Diese Mittel sind nicht vorhanden. Die Gemeinde erhält schwerlich Sponsoren und deshalb ist man auf die Idee gekommen, eine Stiftung zu gründen, die dann für die Sponsorengewinnung sorgen könnte. Wir gehen nun davon aus, dass bis Ende Jahr mindestens die Grundlagen für die Gründung einer Stiftung verabschiedet werden können. Die Stiftungsgründung würde dann unter dem neuen Gemeinderat stattfinden.

Das zweite Leuchtturmprojekt ist die 2000-Watt-Überbauung. Dieses ist – im Gegensatz zum ersten – hingegen mehr als nur erfüllt. Die Überbauung ist nicht nur geplant, sondern der Projektwettbewerb läuft und im Herbst soll eine Jury entscheiden.

## **Direktion Umwelt und Betriebe DUB**

**GPK-Referent Ruedi Lüthi (SP):** Zusammen mit Bernhard Lauper habe ich die DUB besucht. Wir haben uns mit zwei Hauptthemen befasst: Mit Spiel- und Aufenthaltsplätzen und mit Werterhaltung und Gebührenpolitik.

Zu den Spielplätzen kann festgestellt werden, dass heute in allen Ortsteilen der Gemeinde Köniz Spielplätze vorhanden sind und dass die Gemeinde für 16 davon verantwortlich ist. Uns wurde jedoch auch mitgeteilt, dass man nur wenig auf das Bewegungsraum- und Sportanlagenkonzept eingegangen ist, vor allem auch wenig auf die Aufenthaltsplätze. Das will die Gemeinde Köniz nun korrigieren. Zurzeit ist ein Freiraumkonzept in Erarbeitung, wo die Federführung bei der Planungsabteilung liegt. Auch dort werden andere Abteilungen mitarbeiten und diese Lücke kann so geschlossen werden.

Zur Werterhaltung und Gebührenpolitik. Zuerst zur Gebührenpolitik von Wasser und Abwasser: Die eingenommenen Gebühren sind zweckgebunden und diese werden regelmässig durch den Preisüberwacher überprüft. Die Gemeinde Köniz bewegt sich hier mehr oder weniger im Durchschnitt. Das gleiche kann für die Abfallgebühren festgehalten werden. Die eigene Deponie in der Gemeinde Köniz muss im Auge behalten werden.

Im Bereich Energie stellt sich die Sachlage etwas anders dar: Wir werden von der BKW mit Energie versorgt und somit kann die Gemeinde Köniz keine eigenständige Gebührenpolitik betreiben. In der Gemeinde Köniz versucht man nun bei den grossen Objekten, den Strom günstiger beziehen zu können und auch Ökostrom zu beziehen. Dazu ist jedoch zu bemängeln, dass die Abgaben und Leistungen an die Gemeinde letztes Jahr erhöht worden sind. Die Gemeinde Köniz ist nun mit Abstand jene, die die höchsten Abgaben und Leistungen verlangt. Es gilt hier darauf zu achten, dass die Gebühren nicht als allgemeine Steuereinnahmen herbeigezogen werden, weil die Stimmbevölkerung darüber nicht entscheiden kann.

Zu den Leuchtturmprojekten: Hier ist die DUB am Leuchtturm 2000-Watt-Gesellschaft beteiligt. Dieser Leuchtturm ist auf sehr gutem Kurs und jener, der vollumfänglich realisiert wird. Als Anmerkung: Die anderen Leuchtturmprojekte werden nicht erreicht. Meiner Ansicht nach sollten solche Projekte jedoch mindestens zur Hälfte oder vollumfänglich erreicht werden können.

**Parlamentspräsident Andreas Lanz** hält fest, dass Eintreten obligatorisch ist.

**Fraktionssprecher Hanspeter Kohler (FDP):** Im Namen der FDP-Fraktion werde ich mich im Folgenden mit die Qualität des Jahresberichts 2016 befassen und – wie hoffentlich jede Fraktion – keine politische Wertung vornehmen. Die Inhalte politisch zu diskutieren wird Thema anlässlich der Budgetdebatte sein.

Der Jahresbericht 2016 ist sehr ausgewogen, sehr lesefreundlich und dank der zahlreichen Grafiken und Tabellen inklusive Anfänge kann man sich ein hervorragendes Bild machen. Es handelt sich um mehr als nur ein Hilfsmittel, um die Gemeinde vertieft zu verstehen und kennen zu lernen. Das ist sehr wertvoll. Die einzige Wertung die vorgenommen werden könnte: Wie steht es um den Gesundheitszustand der Gemeinde Köniz? Als Schnelldiagnose kann festgehalten werden, dass es der Gemeinde Köniz gut geht. Die FDP-Fraktion dankt der Verwaltung für die grosse Arbeit und wir stimmen den Nachkrediten zu, wie auch dem Jahresbericht 2016 gemäss dem Antrag des Gemeinderats.

**Fraktionssprecher Casimir von Arx (Mitte-Fraktion):** Alle Jahre wieder und jedes Jahr besser. Der Jahresbericht 2016 mit seinen Anhängen informiert umfassend über die Tätigkeit der Gemeinde Köniz. Die Mitte-Fraktion stellt erfreut fest, dass die Darstellung gegenüber dem letzten Bericht nochmals verbessert worden ist. Das ist allerdings auch etwas gefährlich: Wenn man jedes Jahr besser wird, erweckt das die Erwartung, dass der nächste Bericht noch besser wird, und das wird auf dem bereits erreichten hohen Niveau immer schwieriger. Das ist jedoch zum Glück ein Luxusproblem.



Als Fraktionssprecher kann ich während meiner Redezeit nur einzelne Aspekte aus der ausführlichen Berichterstattung aufgreifen.

Zum Rechnungsergebnis 2016: Es ist besser als budgetiert, trotzdem sind wir nicht am Ziel. Immerhin kann festgestellt werden, dass das Ergebnis ohne den einmaligen Betrag für die Übergangsregelung vom Primatwechsel der Pensionskasse des Personals der Gemeinde Köniz positiv gewesen wäre. Das kann doch als relativer Erfolg bezeichnet werden. An der letzten Sitzung sind wir ausserdem in Richtung einer Einigung in der Finanzdebatte einen Schritt weitergekommen.

Die Mitte-Fraktion nimmt zudem gerne zur Kenntnis, dass sich der Gemeinderat auch dafür einsetzt, dass das Rechnungsergebnis gewissermassen nachträglich noch verbessert wird. Manchmal heisst es: Wer zahlt, befiehlt. Bei der Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde Köniz und der KESB (Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde) ist das Umgekehrte vereinbart worden: Wer befiehlt, zahlt. Wir sind gespannt, ob der Gemeinderat bei den Abgeltungen für die Aufträge von der KESB für die Jahre 2013 – 2016 und voraussichtlich auch für 2016 noch etwas herausholen kann.

Auch bei der Bilanz hat sich einiges getan, namentlich durch die Neubewertung des Finanzvermögens. Das Eigenkapital der Gemeinde ist dadurch bedeutend angestiegen, es verbessert einige Kennzahlen; unmittelbar nützt es jedoch für die Gemeindefinanzen wenig. Hier eine kleine Bitte an den Gemeinderat: Bei der nächsten Neubewertung wäre es gut, wenn das Ergebnis vor dem Parlamentsentscheid über den Steuersatz vorliegen würde. In einer allfälligen Volksabstimmung hätte diese Vergrösserung des Eigenkapitals sonst vielleicht zum Thema werden können.

Das Traktandum Jahresrechnung und Verwaltungsbericht steht jedes Jahr an und ist deshalb repetitiv, was jedoch nicht schlecht sein muss, denn man kann das Repetitive auch kultivieren. In diesem Sinn weise ich gerne – wie bereits letztes und vorletztes Jahr – auf die Tabelle mit den Verkehrsunfällen mit Personenschaden im Statistikteil auf Seite 49 hin, Die Unfälle werden aufgegliedert nach Motorrad, Motorfahrrad und Kleinmotorrad. Die beiden letzten Kategorien weisen mittlerweile keinen einzigen Unfall mehr auf, wahrscheinlich weil es nicht mehr viele solche Fahrzeuge gibt. Und auch in den vorhergehenden Jahren lagen die Zahlen im tiefen einstelligen Bereich. Eine Aufgliederung in sämtliche Motorradkategorien scheint deshalb für die meisten Zwecke doch etwas überdetailliert. Demgegenüber werden aber die E-Bike-Unfälle immer noch unter den Velounfällen subsumiert und das, obwohl wahrscheinlich mehr E-Bike-Unfälle passieren als Unfälle aller Motorradkategorien zusammengezählt und obwohl die Unfallgefahr bei den E-Bikes gesellschaftlich viel relevanter ist und bereits seit einigen Jahren immer wieder diskutiert wird. Wir bitten den Gemeinderat, die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit E-Bike-Unfälle gesondert ausgewiesen werden.

Die Mitte-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat und beim Gemeindepersonal für den Jahresbericht und ganz allgemein für die geleistete Arbeit 2016 und dafür, dass unsere Gemeinde so gut funktioniert.

Wir stimmen den Nachkrediten zu sowie dem Jahresbericht 2016 gemäss Antrag des Gemeinderats.

**Fraktionssprecherin Iris Widmer (Grüne):** Die Fraktion der Grünen dankt dem Gemeinderat für die Rechnung und den Jahresbericht 2016 und für die geleistete Arbeit. Die Fraktion der Grünen wird dem Jahresbericht 2016 gemäss dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

Bei der Vorbereitung des Geschäfts schaute ich rückwärts auf das erste Jahr der laufenden Legislatur: 2014 gab es grosse Steuerausfälle bei den natürlichen Personen. Damals sind einige wenige gute Steuerzahler weggefallen und die Auswirkungen der Gesetzesrevisionen der USR II und der Erhöhung der Kinder- und Betreuungsabzüge haben sich gezeigt. Das Fazit war damals: Ein Zusammenfallen von unglücklichen Umständen hat zu diesen Steuerausfällen geführt und es ist nicht davon auszugehen, dass sich dies wiederholt. Es hat sich bis jetzt nicht wiederholt. Im Gegenteil: In den nachfolgenden Jahren hat die Rechnung immer besser abgeschlossen als jeweils bei der Budgetierung befürchtet worden ist. Für 2016 kann erfreulicherweise festgestellt werden, dass die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Millionen Franken gestiegen sind und die Einnahmen deutlich über den Erwartungen des Budgets liegen. Was lesen wir daraus ab: Unseres Erachtens zeigt und bestätigt sich, dass die von der Gemeinde verfolgte Wachstumsstrategie Früchte trägt. Die Gemeinde setzt darauf, das hervorragend erschlossene Gemeindegebiet zu entwickeln und zu verdichten und leistet die entsprechenden Vorinvestitionen. Gleichzeitig verhindert sie so, dass Kulturland zubetoniert und weiter zersiedelt wird. Köniz ist eine attraktive Gemeinde und deshalb wollen viele hier wohnen. Es ist aus unserer Sicht richtig, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen und es stehen weitere Investitionen an, die von uns klar unterstützt werden.

Denn genau die Rechnung 2016 zeigt, dass es sich auszahlt und es tatsächlich einen – wie es so schön auf neudeutsch heisst – return on investment gibt. Ich persönlich möchte betonen, dass Wachstum und Investitionen nicht nur eine zahlenmässige Seite haben, sondern es bedeutet auch, dass viele Menschen, viele Kinder in die Gemeinde Köniz ziehen. Und was, wenn nicht andere Menschen, bereichern unser Leben?

**Fraktionssprecher Mathias Rickli (Grüne):** Die Fraktion der Grünen dankt der GPK für die Berichte ihrer Verwaltungsbesuche und die interessanten Fragen, die sie zu einzelnen Produktgruppen gestellt und sich darin vertieft hat.

Für die Fraktion der Grünen war der Blick auf die Leuchtturmprojekte, die sich der Gemeinderat in die Legislaturziele geschrieben hat, interessant.

Zum Volksfest: Mit der Absage des Volksfests können wir leben. Am 17. Juni 2017 konnte die Fertigstellung der Sanierung Kirch-/Dorfstrasse in Wabern gefeiert werden, an welchem sehr viele Einwohnende teilgenommen haben. Das kompensiert die Idee des Volksfests doch ein Stück weit. Ich halte dies hier fest, obwohl wir Grünen mit der Sanierung der Kirch-/Dorfstrasse nur teilweise zufrieden sind: Wir sind nach wie vor der Ansicht, dass die Sanierung mit Blick auf die Sicherheit der Velofahrenden und der Schulkinder, die dort unterwegs sind, nicht geglückt ist.

2000-Watt-Überbauung: Hier zeichnet sich in der geplanten Überbauung Ried ein Erfolg ab. Das freut uns und wir erachten das als wichtiges Zeichen aus der Gemeinde Köniz an die Region Bern. Wir sind gespannt auf die weiteren Informationen, die für August 2017 angekündigt worden sind.

Köniz ist Velogemeinde: Der Gemeinderat beurteilt dieses Leuchtturmprojekt positiv, das haben wir vorhin hören können. Die Fraktion der Grünen kann diese Analyse nicht nachvollziehen. Wir haben hier bedeutend mehr erwartet. Wir anerkennen, dass die Förderung des Veloverkehrs in der Flut von Planungsnormen und engen Platzverhältnissen oft aufgerieben wird. Dennoch: Die Veloförderung in der Gemeinde Köniz ist kaum sichtbar und nicht so wie man es von einem Leuchtturmprojekt erwarten kann. Hier besteht noch viel Potenzial nach oben und wir möchten dieses in den kommenden Jahren erschliessen.

Chornhuus: Die Entwicklung des Chornhuus und des gesamten Schlossareals ist sicher nicht ohne Grund als Leuchtturmprojekt in die Legislaturplanung aufgenommen worden. Es handelt sich um ein Aushängeschild für die Gemeinde Köniz, mit welchem man aus dem Schatten her austreten könnte, in dem wir uns von der Stadt Bern her befinden. Bedauerlich ist, dass hier nichts vorgenommen worden ist. Vorhin haben wir erfahren weshalb: aber nichtsdestotrotz hat der Gemeinderat hier eine Chance nicht gepackt, mit welcher er sich ein Denkmal hätte setzen können.

Einige ausgewählte Kommentare der GPK zum Verwaltungsbericht 2016: Es ist eine interessante Erkenntnis und Aussage des Gemeinderats, dass offenbar vielen Eltern nicht bekannt ist, dass in der Gemeinde Köniz an allen Oberstufenzentren – ausgenommen Niederwangen – Spez-Sek-Angebote vorhanden sind. Angesichts der endlosen Diskussion zu diesem Thema müsste der Gemeinderat eine Informationsoffensive starten, damit sich die polarisierte Diskussion etwas entspannen könnte.

Sozialhilfequoten: Hier kann festgestellt werden, dass diese in der Gemeinde Köniz nicht alarmierend sind. Angesichts des gesunden Bevölkerungswachstums kann sich unsere Gemeinde solidarisch zeigen. Das ist uns wichtig. Es ist wichtig vor dem Hintergrund, dass vielleicht in diesem Sommer bereits wieder viele Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und Afrika über das Mittelmeer nach Europa kommen. Wir sind der Ansicht, dass die Gemeinde Köniz diese Menschen, die vom Bund auf die Gemeinden zugeteilt werden, würdevoll empfängt und ihnen eine Perspektive gibt.

Erneut ist die Departementsverteilung und die ungleichen Chargenverteilungen auf Aufgaben zur Sprache gekommen. Das konnte dem Jahresbericht 2016 entnommen werden. Offenbar gibt es nächstes Jahr bereits eine erste Teambildungsaufgabe für den neu zusammengesetzten Gemeinderat.

Die Wasserversorgung ist im Lot. Das ist wichtig und beruhigt uns. Was allerdings im Jahresbericht 2016 nicht erwähnt wird, ist die Information zur Wasserqualität und zur Messung im Zusammenhang mit den aktuell alarmierenden Befunden von Pestizidrückständen aus der Landwirtschaft in den schweizerischen Gewässern. Dazu hätten wir uns Informationen gewünscht, wie es in der Gemeinde Köniz konkret aussieht.

Zu den Energiegebühren hat sich vorhin Ruedi Lüthi bereits geäussert. Diese sind in der Gemeinde Köniz überdurchschnittlich hoch und wir sind nicht der Ansicht, dass diese in die allgemeine Gemeindekasse fliessen sollen. Wenn schon, muss ein Teil der überhöhten Gebühren der BKW zweckgebunden in die Förderung von neuen erneuerbaren Energien einfliessen.

Die Fraktion der Grünen stimmt dem Antrag des Gemeinderats zum Jahresbericht 2016 einstimmig zu, erklärt sich jedoch nicht mit allen Beobachtungen einverstanden, welche die GPK gemacht hat.

**Fraktionssprecherin Cathrine Liechti (SP):** Der vorliegende Jahresbericht 2016 ist übersichtlich, ansprechend und informativ. Er ist eine gute Informationsgrundlage für die Könizer Bevölkerung, aber auch für uns Parlamentsmitglieder.

Die SP-Fraktion dankt an dieser Stelle der Verwaltung und dem Gemeinderat für den Jahresbericht 2016 und schätzt die damit verbundene Arbeit sehr.

Bei der Jahresrechnung 2016 lösen jedoch der hohe Ausgabenüberschuss und der tiefe Selbstfinanzierungsgrad grosse Bedenken aus. Die Rechnung 2016 zeigt auf, dass die Kennzahlen nicht gut sind und auch nicht besser werden. Die Gemeinde Köniz muss das bezahlen, was ein guter Service public kostet und nicht die Lasten den zukünftigen Generationen überlassen. Bei der zukünftigen Finanzplanung ist dem ein besonderes Augenmerk zu geben. Die Zunahme der Steuereinnahmen ist sehr erfreulich, sollte uns jedoch nicht übermütig werden lassen. Die Budgetgenauigkeit – mit welcher sich der Gemeinderat rühmt – kann auch relativ betrachtet werden. Diese ist in Ordnung, da sich angesichts des hohen Gesamtumsatzes logischerweise Schwankungen ergeben können. Manchmal ist es aber so, dass nicht immer der Durchschnitt als Vergleich herbeigezogen werden sollte. Vor kurzem arbeitete ich im Zentrum für brandverletzte Kinder und dort ist mir Folgendes klar geworden: Wenn man die eine Hand im kochenden und die andere im kalten Wasser hält, ergibt dies zwar eine gute Durchschnittstemperatur, die Folgen der jeweiligen Ausreisser können jedoch sehr fatal und langwierig sein.

Der Jahresbericht mit der Rechnung 2016 und die Nachkredite geben uns viele verschiedene Informationen. Dabei hebe ich einen Punkt hervor: Der Bedarf nach Tagesschulen ist höher als erwartet. Das zeigt uns auf, dass in der Gemeinde Köniz in diesem Bereich noch sehr viel Handlungsbedarf vorhanden ist.

Die SP-Fraktion stimmt den Anträgen des Gemeinderats zu den Nachkrediten und zum Jahresbericht und Rechnung 2016 zu.

**Fraktionssprecherin Kathrin Gilgen-Studer (SVP):** Wie alle Jahre teilt sich die SVP-Fraktion die Voten zum Jahresbericht. Dies im Sinn: Liebe Politikerin/böse Politikerin. Ich darf wiederum die Rolle der bösen Politikerin übernehmen, obschon ich nicht der Ansicht bin, dass dies in meinem Naturell liegt.

Angesichts einer Verschuldung von rund 245 Millionen Franken und dies steigend, und einem Selbstfinanzierungsgrad von lediglich 31,5 Prozent, kann nicht nur ein Lächeln aufgesetzt und dem Ganzen zugestimmt werden, ohne den Mahnfinger zu erheben. Zum Glück hat sich nun wenigstens das enorme Wachstum auch im Steuerertrag mit plus 3,6 Millionen Franken positiv niedergeschlagen. Lassen wir uns jedoch nicht blenden: Wir alle wissen, wie hoch uns das Wachstum an Infrastrukturkosten, etc. auf der Ausgabenseite belastet.

Die SVP-Fraktion kann die Euphorie über das schnelle Wachstum und dessen Vorantreiben nicht teilen und ganz nachvollziehen. Uns stört auch die Höhe der Nachkredite von rund 10,9 Millionen Franken und 0,9 Millionen Franken bei Dienstleistungshonoraren an Dritte. Aus unserer Sicht ist in Zukunft eine konsequente Aufgabenüberprüfung notwendig wie auch der Sparwille in allen Direktionen. Wir fühlen uns mit unserer Motion 1629 „Spezialfinanzierung für zusätzliche Abschreibungen“ erneut bestätigt.

Die SVP-Fraktion stimmt den Anträgen des Gemeinderats zu den Ziffern 1, 2.1 und 2.2 zu.

**Fraktionssprecher Hansueli Kropf (BDP):** Auch die BDP-Fraktion bedankt sich bei der Verwaltung und dem Gemeinderat für den ausführlichen Jahresbericht 2016 herzlich. Im Jahresbericht sind sehr viele interessante Informationen enthalten, auch solche die nicht unbedingt nur mit der Rechnung allein zu tun haben, wie Kennzahlen und Statistiken.

Grundsätzlich ist relativ genau budgetiert worden. Die Erfolgsrechnung weist ein kleineres Defizit aus als budgetiert, die Steuereinnahmen sind höher ausgefallen als budgetiert, d. h. ungefähr so hoch wie die Einnahmen mit der – vom Parlament abgelehnten – Steuererhöhung gewesen wären. Leider sind die Steuereinnahmen jedoch nur bei den natürlichen Personen höher ausgefallen. Bei den juristischen Personen muss ein Minus von rund 1 Million Franken zur Kenntnis genommen werden. Daraus ergibt sich trotzdem ein Plus von rund 2,5 Millionen Franken. Was wäre, wenn diese höheren Einnahmen nicht hätten erreicht werden können? Da die Ausgabenseite auch höher ausgefallen ist, würde die Rechnung 2016 nicht mehr so rosig aussehen.

Wir müssen feststellen: Einiges muss genauer betrachtet werden. Uns ist aufgefallen, dass die Listen der Nachkredite – vor allem jene des Gemeinderats – 17 Seiten umfassen. Dazu stellt sich uns die Frage, ob durch die einzelnen Abteilungen doch nicht so genau budgetiert worden ist oder ob eventuell die Kontrolle nicht effizient war.

Zum Schluss einige Gedanken zur finanziellen Situation der Gemeinde Köniz: Mit der eingeschlagenen Wachstumsstrategie werden sicher höhere Steuereinnahmen generiert. Die Infrastrukturkosten für Schulen, Erschliessungen, usw. fallen jedoch leider auch immer höher aus, meistens höher als die zusätzlichen Steuereinnahmen, die zurzeit generiert werden. Ich bin nicht ganz sicher, ob dies mit einer allfällig erneuten Steuererhöhung wettgemacht werden könnte. Man muss sich Gedanken über die Attraktivität der Gemeinde Köniz machen. Kann es nur das Wachstum sein oder eventuell etwas anderes wie Qualität. Jedenfalls werden wir nach den grossen Investitionen, die in den nächsten Jahren anstehen, bei gleichbleibender Strategie nie auf einen grünen Zweig kommen.

**Fraktionssprecherin Elisabeth Rügsegger (SVP):** Ich spreche nicht über Zahlen und deshalb kann ich loben. Seit einigen Jahren verdanke ich im Namen der SVP-Fraktion den Verwaltungsbericht und ich kann festhalten, dass sich die Qualität und das Erscheinungsbild dieses Werks während der Jahre gewaltig verbessert haben. Er ist gut lesbar, informativ und schön bebildert. Inhaltlich widerspiegelt sich das Jahr 2016 mit allen Hochs und Tiefs aus allen Abteilungen und gibt jeweils auf der gleichen Seite Aufschluss über die daraus entstandenen Kosten. Wir wissen, dass dahinter eine gewaltige Arbeit steckt, die geleistet worden ist und danken allen Beteiligten dafür. Einen Dank auch an die GPK-Mitglieder für die aufschlussreichen Berichte zu den Verwaltungsbesuchen und ihre Arbeit während des Jahres.

Dass die anfangs der Legislatur geplanten Leuchttürme zum Teil nicht mehr so hell leuchten, ist in den Augen der SVP-Fraktion nicht mehr so schlimm und wir können damit gut leben.

Die SVP-Fraktion wird dem Jahresbericht 2016 einstimmig zustimmen.

Bernhard Zaugg trifft ein, somit sind 38 Parlamentsmitglieder anwesend.

**Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP):** Ich danke an dieser Stelle der Finanzkommission ganz herzlich für die Zusammenarbeit im letzten Jahr. Es ist sehr wichtig, dass eine offene Kommunikation vorhanden ist und somit beim Vorlegen des Jahresberichts keine grossen Augen mehr gemacht werden müssen. Denselben Dank richte ich an die GPK-Mitglieder, auch für ihr Interesse an der Verwaltung und vor allem für die getätigten Verwaltungsbesuche und die Berichte.

Dass nicht alles im Jahresbericht Enthaltene nur positiv sein kann, ist für Sie und auch für den Gemeinderat nichts Neues. Es ist jedoch nicht alles nur negativ und Sie als Parlament haben den Jahresbericht 2016 gut gewertet und dafür auch herzlichen Dank.

Zu einem Votum äussere ich mich hier: Es ist gesagt worden, ob nicht bei der Qualität der Gemeinde angesetzt werden müsste. Qualität und Wachstum beissen sich in der Gemeinde Köniz nicht, das halte ich hier fest. Die Gemeinde Köniz achtet auf Qualität, aber auch auf Wachstum. Ich glaube, wir tun alle gut daran, nicht mit herumschrauben zu beginnen, vor allem nicht bei der Qualität, denn diese wird von den Einwohnenden der Gemeinde Köniz sehr geschätzt. Alles andere ist sehr viel Politik und dafür sind wir heute hier im Rosstall. An der Qualität bitte ich, nicht zu stark herumschrauben. Darüber kann anlässlich der Budgetdebatte im November diskutiert werden.

---

## Beschluss

1. Das Parlament bewilligt folgende Nachkredite für das Rechnungsjahr 2016:

3380.3130	Dienstleistungen Dritter / DWB	CHF	408'463.46
3611.361	Entschädigungen an Kantone und Konkordate / Basisstufe	CHF	254'756.75
3640.3130	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals / Tagesschulen	CHF	396'126.35

**TOTAL Nachkredite Parlament**

**CHF 1'059'346.56**

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

---

---

**Beschluss**

2. Das Parlament genehmigt den Jahresbericht 2016, bestehend aus

2.1 der Gemeinderechnung 2016, die bei Aufwendungen und Erträgen von jeweils CHF 220'202'021.95 mit einem GESAMTERGEBNIS (Aufwandüberschuss) von CHF 577'366.83 respektive einem **Ergebnis ALLGEMEINER HAUSHALT** (Aufwandüberschuss) von **CHF 1'801'315.10** abschliesst, wie auch die BILANZ, welche per Ende Dezember 2016 Aktiven und Passiven von CHF 351'229'880.69 ausweist.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig,

---

**Beschluss**

2.2 dem Verwaltungsbericht 2016.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

---

#### 4. Planungsbeschluss (Mitte-Fraktion, SP) "Förderung des Vereinsangebots für Kinder und Jugendliche"

Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsident Andreas Lanz:** Die Unterlagen zu diesem Geschäft, der Bericht und Antrag des Gemeinderats, sind Ihnen mit den Akten für die heutige Sitzung zugestellt worden. Wir behandeln den Antrag auf einen Planungsbeschluss – wie auch jenen in Traktandum 5 – erstmals nach den neuen Bestimmungen des Geschäftsreglements (Art. 47b folgende), welche seit 16.1.2016 in Kraft sind. Ich mache auf folgende Punkte aufmerksam: Der Antrag hat keinen Erstunterzeichnenden. Der Antrag kann bis zum Schluss der Beratung im Parlament von einer Mehrheit der Unterzeichnenden zurückgezogen werden. Die Eintretensfrage wird gestellt. Es können keine Anträge auf Änderung, Rückweisung oder Verschiebung gestellt werden. Das Vorgehen: Zuerst spricht die Präsidentin der Finanzkommission, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament und zum Schluss folgt die Abstimmung.

**Präsidentin Finanzkommission Erica Kobel-Itten (FDP):** Im Zuge einer Effizienzsteigerung werde ich mich hier zugleich zu den beiden traktandierten Planungsbeschlüssen mit zwar sachlich verschiedenem Inhalt äussern. Sie werden jedoch gleich feststellen, weshalb ich mich nur einmal äussere. Das von mir Geäusserte gilt für beide Planungsbeschlüsse.

Wer von mir nun eine Haltung über den sachlichen Inhalt der beiden Planungsbeschlüsse erwartet, wird leider enttäuscht sein. Wir haben uns dazu in der Finanzkommission nicht wirklich geäussert. Die Finanzkommission hat sich über den Antrag des Gemeinderats, die Planungsbeschlüsse aus formalen Gründen abzulehnen, unterhalten. Planungsbeschlüsse finden ihre rechtliche Grundlage in Art. 52a der Gemeindeordnung. Die Details zum Planungsbeschluss sind im Reglement über den IAFP geregelt. Es war dem Gesetzgeber – dem Parlament – von Anfang an klar, dass hier ein Instrument geschaffen wird, mit dem einerseits die parlamentarischen Instrumente um ein weiteres ergänzt werden. Andererseits wird hier jedoch eine Möglichkeit geschaffen, um – allerdings nur in einer genau definierten Art und Weise – in den Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats einzugreifen. Weil dies einen Eingriff in die Zuständigkeit des Gemeinderats bedeutet, ist dem Ziel des Planungsbeschlusses und den gesetzlich definierten Vorgaben allergrösste Aufmerksamkeit zu schenken. Der Planungsbeschluss ist ein Instrument, das nur und ausschliesslich im Zusammenhang mit dem IAFP und den einzelnen Produktgruppen in Zusammenhang gebracht werden darf. Geregelt ist er deshalb bezeichnenderweise im IAFP-Reglement in den Artikeln 6 und 7. Dort steht, dass ein Planungsbeschluss dazu dient, ein Produkt in eine bestimmte Richtung zu entwickeln, d. h. es handelt sich hier ganz klar um ein strategisches Instrument. In diesem strategischen Instrument und im Planungsbeschluss muss ein übergeordnetes Ziel definiert werden. Weiter wird erwähnt, dass Einzelfälle nicht Gegenstand eines Planungsbeschlusses sein können.

In den beiden hier zur Diskussion stehenden Planungsbeschlüssen geht es in den Augen der Mehrheit der Finanzkommission nicht um die Entwicklung eines Ziels des IAFP, sondern lediglich um Einzelfälle, die genauso gut mit einem anderen Instrument des Parlaments eingebracht werden können. Wir diskutieren hier nicht das erste Mal über einen Planungsbeschluss und auch nicht das erste Mal über die rechtliche Einbettung dieses Instruments.

Sie erinnern sich noch alle an die letzte Diskussion, wo eine Fraktion die Steuern zu einer Produktgruppe machen wollte. Es wurde darüber diskutiert, was eine Produktgruppe ist und was nicht. Wie die Diskussion ausgefallen ist, ist Ihnen allen bekannt.

In der Diskussion in der Finanzkommission hat sich gezeigt, dass das Instrument wahrscheinlich grundsätzlich einer noch ausführlicheren Beschreibung bedarf. Die Finanzkommission überlegt sich zurzeit, ob sie einerseits Richtlinien zur Formulierung von Planungsbeschlüssen formulieren soll oder ob zumindest im „vademecum“ noch weitere Hinweise eingebracht werden wollen, die die Art und Weise des Planungsbeschlusses definieren, damit dieses Instrument von uns allen gesetzeskonform genützt werden kann.

Bei den heute zur Diskussion stehenden Planungsbeschlüssen hat sich die Finanzkommission mit 5 :1 Stimmen hinter den Antrag des Gemeinderats gestellt und empfiehlt dem Parlament deshalb, diesen anzunehmen.

**Parlamentspräsident Andreas Lanz** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Toni Eder (Mitte-Fraktion):** Ich gehe in drei Teilen auf die Antwort des Gemeinderats ein. Zuerst formal, danach zum Verwaltungsablauf – Amtsschimmel – und dann noch zum Inhalt.

Formal: Die formalen Voraussetzungen sind in der Antwort des Gemeinderats auf Seite 2 aufgelistet. Zuerst auf welches Produkt sich der Antrag bezieht. Im Antrag ist aufgeführt, dass es sich um das Produkt 113.2 handelt, also kein Einzelfall, sondern ein Produkt. Die Behauptung, das qualitative Ziel fehle, ist nicht ganz nachvollziehbar, denn es ist explizit gefordert, Vereinsangebote für Kinder und Jugendliche verstärkt zu fördern. Das ist ein qualitatives Ziel, ansonsten verstehe ich nicht mehr, was denn ein qualitatives Ziel sein soll. Ist es Bedingung, dass – wie in früheren Planungsbeschlüssen – eine unterstrichene Zwischenüberschrift „qualitative Ziele“ eingefügt werden muss? Oder ist sogar ein Formular für Planungsbeschlüsse notwendig? Das quantitative Ziel – genauer kann es kaum vorgenommen werden – 10 Franken multipliziert mal 2'600 Franken ergibt ca. 30'000 Franken mit einer Reserve.

Die Argumentation, das Ziel sei nicht strategisch genug, ist ebenfalls nicht ganz haltbar. Wäre es beispielsweise nicht von strategischer Relevanz, wenn jemand die Forderung stellen würde, Vereinsangebote für Kinder und Jugendliche ganz zu streichen? Auch das könnte mit einer einfachen Eingabe im Budget bewerkstelligt werden. Als Planungsbeschluss würde festgehalten, dass der Beitrag von 35 Franken auf 0 Franken gesenkt wird. Dass dies von strategischer Relevanz wäre, würde wohl von niemandem bestritten. Nach welcher allgemeinen Regelung wird der eine Planungsbeschluss zugelassen und der andere nicht? Wenn man das Instrument Planungsbeschluss weiterentwickeln will, ist der richtige Weg, zuerst schriftlich im Gesetz genau festzuhalten, wie eine solche Weiterentwicklung aussieht. Das gilt insbesondere, wenn es um Einschränkungen des Instruments geht und damit um Einschränkungen der Handlungsfreiheit des Parlaments. Solches kann nicht einfach so schnell freihändig vorgenommen werden.

Das Fazit: Formal sind die Bedingungen erfüllt.

Zu den Verwaltungsabläufen: Formale Aspekte müssten im Zweifelsfall für das Parlament und zugunsten einer inhaltlichen Diskussion ausgelegt werden. Das ist in der Gemeinde Köniz normal, vor allem auch dann, wenn rechtliche Fragen betroffen sind. Es ist problematisch, wenn bei Planungsbeschlüssen, die ziemlich kompliziert sind – es gibt terminliche Auflagen, die Einreichung muss bis zum 31. Januar erfolgen, er muss von mindestens 15 Parlamentsmitgliedern unterzeichnet sein – wenn nachträglich noch zusätzliche und auch etwas unklare Auflagen gemacht werden. Hier stelle ich mir vor, dass jemand aus der Verwaltung oder aus dem Gemeinderat das Gespräch sucht. Dies im Sinn, dass ein Problem vorhanden ist und was dagegen unternommen werden könnte. Die Initianten sind aufgelistet und deren Kontaktdaten sind auf der Homepage der Gemeinde Köniz ersichtlich. Dass man sich hinter einer völlig formalen Begründung versteckt, könnte als galoppierender Amtsschimmel bezeichnet werden.

Zum Inhalt: Ich bin überzeugt, dass der Vorschlag ein einfaches und wirkungsvolles Instrument zur Kinder- und Jugendunterstützung ist. In vielen Vereinen werden freiwillig Abertausende von Stunden geleistet, manchmal ganz unbezahlt. Die ausgerichteten Entschädigungen sind oft sehr klein, manchmal decken sie nicht einmal die Spesen. Wenn sich junge Personen zur Verfügung stellen, sollen sie so gut als möglich unterstützt werden. Es braucht immer noch viel Energie von jedem Einzelnen und die 10 Franken werden keine Probleme lösen, sie aber mildern. So günstig mit so guter Wirkung könnte die Gemeinde diese Aufgabe niemals wahrnehmen. Mit diesem kleinen Beitrag kann die Situation entschärft werden und das sollte vorgenommen werden. Übrigens:

Ohne dass wir etwas vorgenommen hätten, erhielten das Parlament, respektive die Initianten Zuschriften, dass dieses Anliegen sehr gut sei und unterstützt werden sollte. Zudem wurde das Unverständnis für die formalen Überlegungen des Gemeinderats geäußert.

Zu den Mehrheiten im Parlament: Auch die FDP-Fraktion wird diesen Vorschlag unterstützen. Weshalb bin ich mir dessen so sicher? Das Positionspapier der Jungfreisinnigen Köniz verlangt 870'000 Franken pro Jahr zusätzlich für die Vereinsförderung. Deshalb kann die FDP-Fraktion nicht dagegen sein, wenigstens 30'000 Franken zu sprechen.

Zusammenfassend: Ich bitte das Parlament, den Planungsbeschluss gegen den Willen des Gemeinderats anzunehmen.

**Fraktionssprecherin Elena Ackermann (JGK):** Wie der Gemeinderat und die Finanzkommission hat auch die Fraktion der Grünen die Traktanden 4 und 5 gemeinsam behandelt.

Zuerst zu Traktandum 4, „Förderung des Vereinsangebots für Kinder und Jugendliche“: Inhaltlich sagen wir klar ja zum Anliegen, formal lehnen wir den Planungsbeschluss jedoch ab. Für den einen Teil der Fraktion der Grünen überwiegt das Nein, für den anderen Teil halten sich ja und nein die Waage.

Der Planungsbeschluss ist für uns Parlamentsmitglieder ein längerfristiges und strategisches Instrument. An einzelnen Budgetposten können wir während der jeweiligen Budgetdebatte im Herbst herumschrauben. Wie bereits erwähnt, unterstützen wir das Thema inhaltlich voll und ganz, jedoch enthält der Planungsbeschluss keine qualitativen und quantitativen Ziele. Mit der Erhöhung des Pro-Kopf-Beitrags wird weder das Angebot massiv ausgebaut noch die Strategie des Vereinswesens neu ausgerichtet. Weiter kommt hinzu, dass der Betrag in der Kompetenz des Gemeinderats liegt. Wenn die Vereine das dringend benötigte Material direkt beschaffen können sollen, kann der Gemeinderat dies auch direkt beschliessen und uns mit dem Budget vorlegen. Aus terminlicher Sicht hat der Planungsbeschluss jedoch klare Vorteile. Dieser wird bereits im Sommer beschlossen, das Budget erst im November. Wird also im Budget der jährliche Pro-Kopf-Beitrag erhöht, läuft für die Umsetzung und finanzielle Planung der Vereine nur noch eine sehr kurze Vorlaufzeit bis zum Jahresbeginn.

Nichtsdestotrotz können wir dem Planungsbeschluss nicht zustimmen. Wir sind jedoch sehr gern bereit, dieses Anliegen im Rahmen der Budgetdebatte zu vertreten.

Zu Traktandum 5, „Rücksendung des Abstimmungscouverters“: Die formalen Aspekte sind dieselben wie zu Traktandum 4. Grundsätzlich sollte das Ziel die Erhöhung der Wahlbeteiligung sein, respektive dass diese aufgrund des Frankierungszwangs nicht sinkt. Bevor nicht klar nachgewiesen ist, dass dieses Ziel nicht erreicht wird, ist es nicht sinnvoll, so kurzfristig die Massnahme aus der Aufgabenüberprüfung wieder rückgängig zu machen.

**Fraktionssprecher Christian Roth (SP):** Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Finanzkommission für ihre Überlegungen und hat diese intensiv diskutiert. Denn das vorliegende als auch das nächste Parlamentsgeschäft bewegen sich auf einem etwas heiklen Grat mit Absturzgefahr. Da die Argumentationslinie des Gemeinderats bei beiden Anträgen für einen Planungsbeschluss dieselbe ist, erlaube auch ich mir, zugleich zu beiden Traktanden zu sprechen.

Der Antrag für einen Planungsbeschluss ist, wie der Gemeinderat in seinen Ausführungen erläutert, noch keine langjährige Erfolgsgeschichte. Uns fehlen immer noch Erfahrungen. Er hat jedoch eine längere Entstehungsgeschichte: Er ist meines Wissens aus der langjährigen Diskussion aus der Umstellung des Könizer Budgets auf New-Public-Management-Ansätze hervorgegangen. Er verschiebt in diesem Zusammenhang die Kompetenzen zwischen Gemeinderat und Parlament ganz bewusst. Das Parlament kann mit einem Planungsbeschluss in die Kompetenzen eingreifen, die ansonsten beim Gemeinderat sind. Das ist nicht ganz unproblematisch und es dürfte deshalb schnell klar werden, weshalb rasch Fragezeichen auftauchen könnten, wenn der Gemeinderat einen Antrag zu einem Planungsbeschluss aus formalen Gründen ablehnt. Die SP-Fraktion nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass sich der Gemeinderat dieser Problematik bewusst zu sein scheint.

Die Diskussion in der SP-Fraktion drehte sich, nicht ganz überraschend, um genau diesen Punkt. Sie fragte sich, ob es legitim ist, wenn der Gemeinderat einen solchen Antrag aus formalen Gründen ablehnt. Sie fragte sich, ob die Bandbreite, innerhalb derer die Formalitäten für einen Planungsbeschluss als erfüllt betrachtet werden, eng sein muss oder ob sie allenfalls etwas grosszügig definiert werden darf. Wir haben uns gefragt, wie es gelingen kann, die formale und die inhaltliche Diskussion zu trennen, die sich hier allenfalls vermischen könnte. Die Frage tauchte auch auf, ob bei einer Zustimmung zum Antrag des Gemeinderats zu befürchten ist, dass sich das Parlament damit gleich selber amputiert.

Die SP-Fraktion diskutierte diese Fragen und ist zu folgenden Schlüssen gelangt: Wir folgen dem Gemeinderat in seiner formalen Argumentation. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Formulierung eines Planungsbeschlusses künftig mehr Beachtung geschenkt werden muss. Wir halten fest, dass wir inhaltlich unverändert der Ansicht sind, dass für die sehr wertvolle Arbeit, die von den Vereinen für die Kinder- und Jugendarbeit geleistet wird, mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden müssen. Die Begründung zum diesbezüglichen Antrag für einen Planungsbeschluss ist für die SP-Fraktion nach wie vor stichhaltig. Wir halten fest, dass wir inhaltlich auch unverändert der Ansicht sind, dass für die Rücksendung der Abstimmungscouverts wieder mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Auch dort ist die Begründung nach wie vor stichhaltig. Wir bedauern aber, dass sich der Gemeinderat der inhaltlichen Diskussion aus formalen Gründen verschlossen hat. Er hat dabei offenbar nicht bedacht, dass er mit dem gewählten Vorgehen dem Parlament die Möglichkeit zur differenzierten Willensbildung entzogen hat. Heute würde Folgendes passieren, wenn das Parlament diese Anträge aus formalen Gründen durchlässt und inhaltlich diskutieren möchte: Es hätte dazu keine Stellungnahme des Gemeinderats und Gemeinderat und Parlament würden vor dem Problem stehen, dass diese Diskussion nicht verschoben werden kann, weil die Termine rund um einen Planungsbeschluss dies nicht zulassen.

Wir begrüßen aber den Vorschlag des Gemeinderats, dass sich die Finanzkommission Gedanken zu den Details der Ausgestaltung eines Antrags zu einem Planungsbeschluss macht. Das kann künftigen Antragstellerinnen und -steller helfen, die etwas höheren Hürden, die ein solcher Antrag mit sich bringt, erfolgreich zu meistern.

Die SP-Fraktion trägt aus diesen Überlegungen aus rein formalen Gründen die Ablehnung des Antrags mit, obwohl wir ihn selber mitlanciert haben. Da wir jedoch inhaltlich klar der Ansicht sind, dass Verbesserungen in den beiden Bereichen – Finanzierung des Vereinsangebots für Kinder und Jugendliche und Abstimmungscouverts – notwendig sind, werden wir anlässlich der Budgetdebatte 2018 entsprechende Anträge stellen. Die inhaltliche Diskussion ist in unseren Augen – das lässt auch der Gemeinderat durchblicken – nur verschoben und nicht aufgehoben. Wir zählen dann auch auf die Unterstützung der politischen Mitte, dies anzuschieben mitzuhelfen.

**Fraktionssprecher Beat Haari (FDP):** Auch die FDP-Fraktion hat darüber eingehend diskutiert. Heute haben wir jedoch der Präsidentin der Finanzkommission gut zugehört und nun den Voten der Fraktionssprechenden.

Aus allem gelangen wir zum Schluss, dass hier falsche Instrumente eingesetzt werden – auch ich spreche zu den Traktanden 4 und 5 – und ausserdem formale Voraussetzungen eben nicht erfüllt werden. Damit folgt auch die FDP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderats auf Ablehnung der beiden Planungsbeschlüsse.

Zu Toni Eder: Es kommt uns hier eher wie ein Vorstossschimmel vor, weil für die beiden Anliegen andere Instrumente bestehen, um sie an den Mann oder die Frau zu bringen.

Unter diesen Voraussetzungen ist es müssig, über den Inhalt überhaupt zu diskutieren. Wir wollen den Initianten der beiden Planungsbeschlüsse jedoch signalisieren, dass sie nur wegen uns nicht unbedingt mit anderen Instrumenten mit denselben Vorstössen wieder ans Parlament gelangen müssen. Allerdings würden wir selbstverständlich helfen, wenn über die Förderung des Vereinsangebots für Kinder und Jugendliche in einem Gesamtrahmen diskutiert werden könnte. Jedoch nicht so wie hier vorliegend.

**Fraktionssprecher Stefan Lehmann (SVP):** Auch ich äussere mich zu beiden Planungsbeschlüssen.

Die SVP-Fraktion geht mit dem Gemeinderat einig, dass der Planungsbeschluss ein strategisches Instrument des Parlaments ist, um Produkte zu lenken, weiterzuentwickeln oder auch Kürzungen vorzunehmen. Einzelfälle, einzelne Verfügungen sind hier bewusst ausgeschlossen. Die vorliegenden Anliegen wären mit einem Antrag in der Budgetdebatte oder mit einem Vorstoss sinnvoller zu lösen. Das Anliegen der Jugendförderung in den Vereinen ist durchaus sympathisch. Da wir jedoch dem Gemeinderat zustimmen und den Planungsbeschluss aus formalen Gründen ablehnen, verzichten wir auf eine inhaltliche Diskussion. Bei anderer Gelegenheit werden wir uns einer solchen gerne stellen. Es gilt hier zu beachten, dass Finanzen betroffen sind, dass es sich fragt, ob die Vereine wirklich mit einem Giesskannensystem gefördert werden sollen oder ob nicht gezielte Einzelmassnahmen sinnvoller wären, die jederzeit durch den Gemeinderat beschlossen werden könnten.

Es zeigt sich einmal mehr, dass der Planungsbeschluss kein einfaches Instrument ist. Das Parlament muss für einen sinnvollen Planungsbeschluss strategisch vorausdenken und darf sich nicht von der Tagesaktivität leiten lassen. Parlamente ticken häufig jedoch anders.



Das Anliegen der Porti für die Abstimmungscouverts ist uns ebenfalls sympathisch. Viele Fraktionsmitglieder haben diesen Planungsbeschluss auch mitunterzeichnet. Auch hier werden wir uns einer inhaltlichen Diskussion bei anderer Gelegenheit stellen. Auch hier folgen wir dem Antrag des Gemeinderats auf Ablehnung des Planungsbeschlusses aus formalen Gründen.

**Casimir von Arx (GLP):** Wir sind vom Ablauf hier etwas überrumpelt worden, denn die Mitte-Fraktion hat tatsächlich zwei getrennte Voten vorbereitet. Um aber auch das folgende Traktandum entsprechend zu kürzen, äussere ich mich hier zu Traktandum 5, damit alle Meinungen geäussert worden sind.

Es zeichnet sich ab, dass das Parlament beide Planungsbeschlüsse aus formalen Gründen ablehnen wird. Dies kann die Mitte-Fraktion nicht nachvollziehen. Trotzdem mache ich mir keine Sorgen, was die Abstimmungscouverts anbelangt bzw. die Frankierung, weil wir bereits bei früherer Gelegenheit über dieses Thema diskutiert haben und bereits Argumente ausgetauscht worden sind. Wir kennen die Kosten. Vor diesem Hintergrund haben im Januar 2017 25 Parlamentsmitglieder den Planungsbeschluss unterzeichnet. Von verschiedenen Fraktionen ist bestätigt worden, dass nach wie vor Sympathien dafür vorhanden sind. Deshalb bin ich sehr zuversichtlich, dass dieses Thema in einer inhaltlichen Debatte dazu führen wird, dass diese Couverts wieder frankiert werden. Gemäss Ansicht des Gemeinderats kann – wenn ich den Parlamentsantrag richtig interpretiere – der Planungsbeschluss einfach durch einen Budgetantrag im November ersetzt werden und damit die Frankierung der Abstimmungscouverts wieder eingeführt werden. Ich bitte den Gemeinderat, mich zu korrigieren, falls ich dies falsch interpretieren sollte.

Das heisst für mich: Wenn der Planungsbeschluss heute scheitert – und danach sieht es aus -, wird eine entsprechender Antrag anlässlich der Budgetdebatte gestellt, der wahrscheinlich gute Erfolgsaussichten haben wird.

Was das Instrument Planungsbeschluss an und für sich betrifft: Hier bin ich etwas weniger sorglos. Wir begeben uns hier auf einen gefährlichen Weg durch die Einschränkung unseres eigenen Spielraums. Wenn das Parlament dem Gemeinderat folgt, fehlt es nun an Präzedenzentscheiden mit unklaren Konsequenzen. Das Parlament beschliesst eine Einschränkung seiner eigenen Instrumente. Wir halten diesen Weg für falsch. Will man eine Einschränkung – die man selbstverständlich fordern darf – ist diese präzise und schriftlich zu spezifizieren, z. B. Abstimmungscouverts dürfen nicht Gegenstand von Planungsbeschlüssen sein oder die Produktgruppe 129 darf nicht Gegenstand von Planungsbeschlüssen sein. So ist klar nachvollziehbar, worin die Einschränkung genau besteht und es kann abgeschätzt werden, welche Konsequenzen das für andere denkbare Planungsbeschlüsse hat. Ohne eine solche schriftliche Spezifizierung entscheidet man dies mehr oder weniger freihändig mit potenziell einschneidenden Konsequenzen. Versuchen Sie einmal eine Einschränkung allgemein zu formulieren, damit sie auch im Geschäftsreglement des Parlaments festgeschrieben werden kann. Diese Formulierung muss mindestens so scharf sein, dass die beiden heutigen Planungsbeschlüsse verboten werden. Überlegen Sie sich dann, welche anderen Planungsbeschlüsse Sie damit auch verbieten und ob Sie das wirklich wollen.

Die Mitte-Fraktion plädiert dafür, inhaltlich zu entscheiden, was wahrscheinlich nicht passieren wird.

Beide Anliegen, die Abstimmungscouverts und die Vereinsförderung, werden wahrscheinlich so oder so kommen und gute Chancen haben. Das Parlament vergibt sich deshalb inhaltlich nichts, wenn es diese Planungsbeschlüsse bewilligt, vermeidet damit aber ein unnötiges Risiko in der Beschränkung seines eigenen Handlungsspielraums bei anderen Themen.

Der Gemeinderat ist der Ansicht, es genüge als qualitatives Ziel nicht, dass genügend Mittel für die Frankierung der Abstimmungscouverts eingestellt werden. Dem widersprechen wir nicht. Der Gemeinderat übersieht jedoch das eigentliche qualitative Ziel, das im ersten Satz enthalten ist. „Die Gemeinde soll das Porto für die Rücksendung der Abstimmungs- und Wahlcouverts übernehmen, wie es schon bis zum Jahr 2015 der Fall war.“ Das ist offensichtlich ein qualitatives Ziel. Der Gemeinderat hat ausserdem im Antrag festgehalten, es sei möglicherweise ein verbotener Einzelfall. Auch das leuchtet uns nicht ein. Nur weil es sich um eine Einzelmassnahme aus der Aufgabenüberprüfung handelt, ist es noch lange kein Einzelfall. Gemäss dieser Logik dürfte sich ausserdem ein Planungsbeschluss generell nicht auf Einzelmassnahmen aus der Aufgabenüberprüfung beziehen, das ist nicht die Meinung. Ein Einzelfall wäre es, wenn beispielsweise beantragt worden wäre, dass nur die Abstimmungscouverts vom 4. März 2018 frankiert werden. Wir verlangen dies jedoch für sämtliche künftigen Wahlen und Abstimmungen. Auch mit dem Kosten lässt sich nicht argumentieren, nur weil eine Massnahme mit 24'000 Franken pro Jahr vergleichsweise günstig ist, ist noch lange kein Einzelfall.

**Mathias Rickli (Grüne):** Zu Casimir von Arx: Ich äussere mich hier zu den strategischen Zielen und kann ihm auf seine Frage, wo die Grenze ist, eine klare Antwort geben. Ich bin auch gegen die Äusserungen von Stefan Lehmann, dass anlässlich der Budgetdebatte. Im Budget Mittel eingestellt werden können oder am Budget herumgeschraubt oder gekürzt werden kann. Es geht bei einem strategischen Ziel nicht darum, Budgets zu erhöhen oder zu kürzen, sondern ein strategisches Ziel ist aus meiner Sicht eine Wirkung in einem strategischen Sinn zu erzielen. Einfach nur Mittel für die Frankierung von Couverts einzustellen, bringt nichts. Ziel müsste sein, die Stimmbeteiligung zu verändern und das würde ich als strategisches Ziel formulieren. Elena Ackermann hat vorhin festgehalten, dass zurzeit überhaupt keine Anzeichen vorhanden sind, dass aufgrund der nun zu frankierenden Couverts die Stimmbeteiligung sinkt. Deshalb bin ich hier vehement dafür, dass bei einem Planungsbeschluss nicht am Budget herumgeschraubt wird, sondern dass sich die Parlamentsmitglieder hier mit den Wirkungsfragen auseinandersetzen müssen und dann mit geeigneten Massnahmen steuern. Nicht jedoch an einzelnen Budgetposten herumschrauben.

**Parlamentspräsident Andreas Lanz:** Bevor ich dem Gemeinderat das Wort gebe, darf ich noch eine Korrektur des Votums der Präsidentin der Finanzkommission bekanntgeben: Das Abstimmungsergebnis in der Finanzkommission war 5 : 2 Stimmen und nicht 5 : 1 Stimmen.

**Toni Eder (CVP):** Ich stelle fest, dass ein Planungsbeschluss eine schwierige Sache ist. Er soll strategisch sein – die Frage ist was und ab wann etwas strategisch ist. Ich habe nun gelernt, dass Jugendförderung nichts mit Strategie zu tun hat. Leute die abstimmen gehen, haben auch nichts mit Strategie zu tun. Hier bin ich anderer Meinung. Ich stelle fest, dass die richtige Anwendung eines solchen Instruments schwierig ist. Damit wird dem Parlament ein Instrument gegeben, das der Gemeinderat nicht gerne sieht. Nun kann man dies – dazu habe ich mich im mittleren Teil meines Votums geäussert – einfach liegen lassen und aus formalen Gründen ablehnen. Vielleicht hätten wir – das habe ich im zweiten Teil meines Votums festgehalten – erwartet, dass wir, wenn wir ein solches Instrument anwenden wollen, der Gemeinderat oder jemand aus der Verwaltung auf uns zugekommen wäre und gesagt hätte, dass dies in dem Sinn nicht geht. Scheinbar gibt es andere Instrumente, die angewendet werden können. Hätte man dies gewusst, hätte man umschreiben oder zurückziehen können. Das konnten wir hier nicht und deshalb warten wir nun die Abstimmung ab. Meine Erwartung wäre gewesen: Wenn das Instrument verbessert werden soll – das muss geklärt werden – müssen Erfahrungen gesammelt werden.

**Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP):** Die Haltung von Toni Eder erstaunt mich doch etwas. Ich werde mich nicht zum Inhaltlichen äussern, jedoch zum Planungsbeschluss. Wir beraten im Parlament nicht zum ersten Mal über einen Planungsbeschluss. Sie wissen haargenau, dass ein Planungsbeschluss rechtliche Grundlagen hat und dass ein Reglement vorhanden ist. Zu Toni Eder: Die Verfassung eines Planungsbeschlusses weiss man ein Jahr zum Voraus und man kann die Verwaltung fragen, wie und was vorgenommen werden muss, um den Planungsbeschluss richtig zu formulieren. Das haben andere bereits getan. Es sind bereits Planungsbeschlüsse zu Steuern überwiesen worden. In Planungsbeschlüssen ist eine gewisse Schwierigkeit vorhanden und deshalb ist es meiner Ansicht nach gut, dass die Finanzkommission dies noch in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat austarieren will. Der Planungsbeschluss hätte Ihnen bei diesen zwei Geschäften absolut keine Garantie gegeben, weil der Gemeinderat immer noch in triftigen Gründen vom Planungsbeschluss abweichen kann. Ich weise „den galoppierenden Amtsschimmel“, den Toni Eder erwähnt hat, mit Deutlichkeit zurück. Ich stelle fest, dass der Amtsschimmel bis ins Parlament gelangt ist. Ich habe die Votanten gehört, die verstanden haben, was der Gemeinderat mit seiner Antwort will. Wer jedoch ein Ziel hat, will es einfach nicht verstehen.

---

## **Beschluss**

Der vorliegende Antrag für einen Planungsbeschluss wird aus formalen Gründen abgelehnt.  
Abstimmungsergebnis: Grossmehrheitlich für Ablehnung.

---

## 5. Planungsbeschluss (Mitte-Fraktion, SP) "Rücksendung des Abstimmungscouverts"

Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsident Andreas Lanz:** Die Unterlagen zu diesem Geschäft, der Bericht und Antrag des Gemeinderats, sind Ihnen mit den Akten für die heutige Sitzung zugestellt worden. Das Vorgehen: Zuerst spricht die Präsidentin der Finanzkommission, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament und zum Schluss folgt die Abstimmung.

**Parlamentspräsident Andreas Lanz** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

---

### Beschluss

Der vorliegende Antrag für einen Planungsbeschluss wird aus formalen Gründen abgelehnt.  
Abstimmungsergebnis: Grossmehrheitlich für Ablehnung.

---

## 6. Kreditabrechnungen

Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Parlamentspräsident Andreas Lanz:** Die Unterlagen zu diesem Geschäft, der Bericht und Antrag des Gemeinderats, sind Ihnen mit den Akten für die heutige Sitzung zugestellt worden. Das Vorgehen: Zuerst spricht der GPK-Referent, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament und zum Schluss folgt die Kenntnisnahme.

**GPK-Referent Thomas Frey (BDP):** Erneut liegen diverse Kreditabrechnungen vor. Zu den Krediten 2, 4 und 5 sind keine Anmerkungen anzubringen, diese sind eher für ihre Punktlandung zu loben. Zu Kredit 1 liegt eine Kreditunterschreitung von 33 Prozent vor, was sehr positiv ist. Mit Friedli + Caprani AG beauftragte man ein Unternehmen, das gegenüber dem Kostenvoranschlag um 33 Prozent günstiger abgerechnet hat. Wir hoffen, dass dabei die Ausführungsqualität nicht gelitten hat. Bei Kredit 3 sind wir sogar 77,33 Prozent im Minus. Wie dem Bericht dazu jedoch entnommen werden kann, sind wesentliche Gegebenheiten massiv verändert worden, so z. B. die Laufzeit von 4 Jahren auf 2 Jahre, es gab direkte Zahlungen und weitere Punkte. Deshalb liegt eine solch massive Differenz vor. Schade ist in unseren Augen, dass auch hier einmal mehr die Einreichungsfrist nicht eingehalten worden ist.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, zustimmend Kenntnis von den Kreditabrechnungen zu nehmen.

**Parlamentspräsident Andreas Lanz** hält fest, dass Eintreten obligatorisch ist.

---

### Beschluss

Das Parlament nimmt zustimmend Kenntnis von den Kreditabrechnungen zu folgenden Objekten:

- Liebefeld, Gartenstadtstrasse / Höheweg, Wasserleitungersatz (P1)
- Beitrag an Verein Kulturhof Schloss Köniz (2011-2013)
- Beitrag an Verein Kulturhof Schloss Köniz (2014/2015)
- Neue Basisstufen 2014/2015, bauliche Anpassungen und Mobiliar
- Sanierung Stadttheater Bern

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zustimmende Kenntnisnahme.

---

Beat Haari verlässt die Sitzung, somit sind 37 Parlamentsmitglieder anwesend.

## 7. Wabern; Sanierung Gurtendorfstrasse

Kredit; Direktion Planung und Verkehr

**Parlamentspräsident Andreas Lanz:** Die Unterlagen zu diesem Geschäft, der Bericht und Antrag des Gemeinderats, sind Ihnen mit den Akten für die heutige Sitzung zugestellt worden. Das Vorgehen: Zuerst spricht der GPK-Referent, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament und zum Schluss folgt die Abstimmung.

**GPK-Referent Mathias Rickli (Grüne):** Zum Sachverhalt: Bei der Gurtendorfstrasse, die bis zum Gurtendorf führt und der Gurtenstrasse – der Abschnitt vom Gurtendorf bis zum Gurtenkurm – handelt es sich um eine Gemeindestrasse, d. h. die Gemeinde Köniz ist verpflichtet, mit dieser Strasse den Gurten zu erschliessen und sie zu unterhalten. Ein Beispiel: Die Gurtenbahn AG hat bei einem allfälligen Betriebsausfall der Standseilbahn eine Transportpflicht und in einem solchen Fall muss die Gurtendorfstrasse mit Ersatzfahrzeugen befahren werden können. Gemäss Analyse befindet sich diese Strasse in einem schlechten Zustand. Das konnten einige von Ihnen bereits feststellen. Gemäss Ansicht des Gemeinderats sind die beiden Asphaltstreifen mit dem Kiesmittelstreifen aus heutiger Sicht nicht ideal. Eine solche Lösung würde heute nicht mehr vorgenommen. Die Auswaschungen des Kiesmittelstreifens bei Starkregen und Gewitter verursachen hohe Unterhaltskosten. Gemäss der Abteilung Verkehr und Unterhalt sind es 12 bis 15 Personentage pro Jahr. Die Auswaschungen können zudem gefährlich sein, denn es besteht Rutschgefahr für Strassenbenützer, insbesondere für Spaziergänger und Velofahrende.

Der Gemeinderat schlägt eine Sanierungslösung vor und beantragt einen Kredit von 470'000 Franken. Kernpunkte der Sanierung sind: Auf dem unteren Teil, der Gurtendorfstrasse, die mit einem Zubringerdienst belegt ist, soll auf einer Länge von 900 Metern auf der ganzen Strassenbreite ein Asphaltbelag realisiert werden, Kostenpunkt 213'000 Franken. Der Grund für diese Variante ist der schlechte Zustand der beiden Asphaltfahrspuren. Im oberen Teil, der Gurtenstrasse, ist die Asphaltierung des Mittelstreifens auf einer Länge von 680 Metern vorgesehen. Dies deshalb, weil sich die beiden geteerten Fahrspuren in einem guten Zustand befinden. Deshalb liegen auch die Kosten mit 71'000 Franken wesentlich tiefer.

Der Gemeinderat hat hier aus seiner Sicht die Bestvariante vorgeschlagen, welcher er noch – wie der Vorlage entnommen werden kann – Alternativvarianten gegenübergestellt hat. Eine davon ist die Sanierung des Mittelstreifens mit sogenannten Ecorastern. Der Gemeinderat ist davon abgewichen, weil diese bei Nässe rutschgefährlich sind und nicht ausgeschlossen ist, dass der Kies bei Starkregen ausgewaschen werden kann.

Die GPK kann in ihrer Analyse der Varianten die Wahl des Gemeinderats nachvollziehen. Die Kosten der Sanierung erscheinen uns zudem plausibel und verhältnismässig. 1 Meter Sanierung kostet ca. 300 Franken.

Das Fahrtenregime war in der GPK ein Thema, das intensiv diskutiert worden ist. Gemäss dem Baureglement ist der Gurten als regionales Erholungsgebiet ausgeschieden und in seiner heutigen Struktur mit der Funktion „für die Landwirtschaft zu erhalten“. Das ist ein Grund, weshalb die Zufahrt auf den Gurten eine Bewilligung für Motorfahrzeuge erfordert. Hier steht die Frage im Raum, weshalb die Gemeinde diese aufwändige Sanierung bezahlt, wenn doch die Strasse nur sehr eingeschränkt von Fahrzeugen mit Bewilligung befahren werden darf. Dafür liess sich die GPK die Fahrbewilligungen zeigen: 2016 sind insgesamt 748 Fahrbewilligungen erteilt worden, 69 sogenannte Jahresbewilligungen – das sind vor allem solche für die Lieferanten des Gurtenpark im Grünen –, 387 Tagesbewilligungen und 292 Mehrtagesbewilligungen. Bei den letzten zwei Kategorien betrifft ungefähr je die Hälfte das Gurtenfestival. In der Bewilligungsstatistik der Jahre 2009 – 2016 zeigt sich eine volatile Entwicklung der Bewilligungen, die zwischen 950 und 610 Bewilligungen schwankt. Ein Trend, dass hier eine direkte Zunahme erkennbar ist, ist nicht der Fall. Allerdings zeigen die Zahlen eine Zunahme der Mehrfahrtenbewilligungen für das Gurtenfestival und der Einzelbewilligungen zwischen 12 und 16. Effektiv gemessen wurde die Anzahl Fahrten auf den Gurten in den Jahren 2010 und 2011, seither nicht mehr. 2010 sind ca. 10'500 Fahrzeuge auf den Gurten gefahren. Gemäss Einschätzung des Gemeinderats ist das ein vergleichsweise geringes Verkehrsaufkommen. Die Gebühren für die Bewilligungen sind im Gebührentarif des Polizeinspektorats geregelt, eine Tagesbewilligung kostet 25 Franken, eine Mehrtagesbewilligung 50 Franken für Fahrzeuge über 3,5 Tonnen. Für das Gurtenfestival gibt es eine Sonderregelung ohne Gewichtslimite. Aus den Bewilligungen hat die Gemeinde Köniz 2016 Einnahmen von 12'900 Franken generiert. Die Festivalorganisatoren bezahlen pro Jahr zusätzlich 5'500 Franken für die grundsätzliche Bewilligung.

Diese Einnahmen decken ungefähr die Kapitalkosten, die für die Abschreibungen der geplanten Sanierung notwendig sind.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Ein Schlusswort: Die GPK hat zur Kenntnis genommen, dass am 30. Mai 2017 ein Runder Tisch durchgeführt worden ist, mit der Teilnahme des Wabern-Leists und einem grossen Kreis an Betroffenen. Die GPK hat sich jedoch über die Ergebnisse des Runden Tisches nicht beraten. Für Erläuterungen zum Runden Tisch verweisen wir auf die zuständige Gemeinderätin.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Wie im Antrag angekündigt, informiere ich hier über die Ergebnisse des Runden Tisches, der auf Initiative des Wabern-Leists zustande gekommen ist. Teilgenommen haben: Vertretungen des Wabern-, des Gurtenbühl-, des Spiegel-Leists des Vereins Blinzernplateau, je eine Vertretung des Gurtenpark im Grünen, des Gurtenfestivals und der Gurtenbahn AG, sowie eine Vertretung des Gurtendorfs und die Gemeinde Köniz. Zuerst wurden die Teilnehmenden über die Sanierung informiert, wie auch über die in den letzten Jahren ausgestellten Fahrtenbewilligungen. Man war sich am Runden Tisch einig, dass Sanierungsbedarf vorhanden ist und dass die Strasse nun vollflächig saniert werden soll. Alle Player auf dem Gurten sind auf eine gute und sichere Verbindung angewiesen. Die Gurtenbahn AG muss von Gesetzes wegen mit Ersatzbussen fahren können, wenn die Gurtenbahn defekt oder in Reparatur ist. Vonseiten der Quartierorganisationen sind jedoch Bedenken angeführt worden, dass die Asphaltierung auf den Gurten das Verkehrsaufkommen erhöht. Ihre Forderung ist, dass eine permanente Verkehrszählung realisiert wird und eine bessere Signalisation bei der Talstation. Sowohl die Gemeinde wie auch die Player auf dem Gurten wollen auf gar keinen Fall einen Anstieg der Fahrtenzahlen. Für den Gurtenpark im Grünen ist der Gurten autofrei und wird auch so vermarktet. Wir haben anschliessend die Kosten für eine permanente Verkehrszählung geprüft, denn die Kosten für eine solche Zählschleife hätten im Antrag aufgeführt sein sollen. Das war jedoch nicht mehr möglich. Die Realisierung einer permanenten Zählschleife kostet 39'000 Franken. Weil es den Playern auf dem Gurten jedoch wichtig ist, dass die Asphaltierung breit akzeptiert wird und es nichts zu verstecken gibt – da alle überzeugt sind, dass die Fahrten nicht zunehmen werden und die Fahrtenbewilligungen weiterhin restriktiv durchgeführt werden – werden sich der Gurtenpark im Grünen, das Gurtenfestival und die Gurtenbahn AG mit je 5'000 Franken an den Kosten der Zählschleife beteiligen. Weil die Zählschleife für alle Beteiligten in Bezug auf die Akzeptanz der Sanierung sehr wichtig ist, ist nach intensiven Diskussionen Folgendes beschlossen worden: Da der Kredit für die Zählschleife nicht im Antrag des Gemeinderats enthalten ist, werden die restlichen Kosten von rund 24'000 Franken ins Budget der Erfolgsrechnung aufgenommen. Zuerst war man der Ansicht, dies mit einem Antrag der Teilnehmenden des Runden Tisches noch in den Antrag aufnehmen zu können, weil dies der Verwaltung nicht mehr möglich war. Die Sorge, dass der Antrag für die Zählschleife in der Höhe von 39'000 Franken im Parlament scheitern könnte, war gross und es handelte sich um ein Commitment des Runden Tisches. Deshalb wird der Betrag ins Budget der Erfolgsrechnung 2018 aufgenommen und das Konto Verkehrszählungen um 24'000 Franken aufgestockt.

**Parlamentspräsident Andreas Lanz** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Die Gurtendorfstrasse ist tatsächlich ein Politikum. Es begann 1995 mit der Baubewilligung für den Park im Grünen. Alle waren damals äusserst froh, dass die Migros die alten Gebäude übernahm. In der Baubewilligung stand, dass die bestehende Naturstrasse als Erschliessung genügt. Bereits 1998 wurde vom damaligen grünen Parlamentsmitglied Peter Saxenhofer eine erste Motion eingereicht. In den Folgejahren passierte das, was fast alle mit denen ich mich darüber unterhalte, sagen: Es wird Salamitaktik betrieben. Immer wieder sind Teile der Gurtendorfstrasse, zum Teil in Nacht-und-Nebel-Aktionen, asphaltiert worden, so dass sie heute, mit Ausnahme des fast 80 cm breiten Mittelstreifens, fast vollständig asphaltiert ist. Das kritisieren sehr viele. Es wurde – das ist in Ihren Unterlagen enthalten – eine Petition eingereicht, es wurden Verkehrszählungen durchgeführt. Das Resultat der Verkehrszählungen von 2010 und 2011: Knapp 50 Fahrten pro Tag bis ins Gurtendorf und davon knapp 30 Fahrten bis auf den Gurtenkulm. Zudem wurden 2010 vertiefte Kontrollen der Fahrten auf den Gurten vorgenommen und es wurde festgestellt, dass 8 Prozent der Fahrten nicht bewilligt waren.

Heute ist der ganz grosse Moment der letzten Salamischeibe. Aufgrund der geschilderten Vorgeschichte und weil die Emotionen zu diesem Thema immer noch hochgehen, hat der Wabern-Leist die Durchführung eines Runden Tisches mit sämtlichen involvierten Institutionen und Organisationen angeregt. Ich lege hier meine Interessenbindung offen: Ich bin Vizepräsident des Wabern-Leists. Auch ich habe an diesem Runden Tisch teilgenommen.

Das Ziel war, dass alle Fakten auf den Tisch gelegt werden und gemeinsam nach Lösungen gesucht wird. Einige Details: Alle Leiste haben ausgesagt, dass sie Angst haben, dass mit einer vollflächigen Asphaltierung Mehrverkehr entsteht. Die Gemeinde konnte glaubhaft darlegen, dass sie die Fahrtenbewilligungen sehr restriktiv herausgibt, in der Tendenz eher rückläufig und dass der Unterhalt der Gurtendorf-/Gurtenstrasse sehr aufwändig ist. Dass die Gurtenbahn AG auf die Strasse als Ersatzlösung bei einem allfälligen Stillstand der Gurtenbahn angewiesen ist, wurde bereits festgehalten. Für das Gurtenfestival findet jährlich ein gigantischer Materialtransport statt und die Lastwagen kämpfen mit gefährlich ausgewaschenen Mittelstreifen. Die Migros hielt fest, dass sie darauf schaut, ihre Transporte wenn möglich zusammenzulegen. Die Lieferanten liefern ihre Ware für den Gurtenpark im Grünen nach Schönbühl und von dort wird wenn immer möglich alle Ware mit einem Lastwagen auf den Gurten transportiert. Die Bewohnenden des Gurtendorfs haben unter anderem festgehalten, dass sie in letzter Zeit vermehrt Mietautos mit Nummernschildern AI beobachtet haben, die – vermutlich ohne Bewilligung – auf dem Gurten herumkurven. Das Entscheidende war aber, dass wirklich alle am Runden Tisch daran festgehalten haben, dass kein Mehrverkehr auf den Gurten stattfinden soll und der Gurten autofrei bleiben müsse.

Das Fazit: Alle Beteiligten waren jedoch der Ansicht, diese letzte Salamischeibe auch noch abzuschneiden und der Vollasphaltierung auf den Gurten zuzustimmen, den Verkehr aber zu zählen. Damit wird Gewissheit darüber bestehen, ob Mehrverkehr passiert oder nicht. Wird Mehrverkehr festgestellt, können entsprechende Massnahmen ergriffen werden. Eine weitere Massnahme wurde vom Vertreter des Gurtendorfs vorgeschlagen: Das Fahrverbot bei der Talstation Gurten soll besser ersichtlich sein, d. h. die Eingangspforte, die signalisiert, dass Weiterfahren ohne Bewilligung verboten ist und eine Busse von 240 Franken nach sich zieht, soll klar sichtbar sein.

Schlussendlich ist ein solcher Runder Tisch ein sehr gutes Instrument, um Konflikte bereits im Vorfeld zu entschärfen. Solches kann durchaus auch bei anderen Gelegenheiten vorgenommen werden. Wichtig ist aber, dass alle Beteiligten verlässlich sind.

Das Nachspiel des Runden Tisches hat Gemeinderätin Katrin Sedlmayer bereits geschildert: Die Erstinstallation für die Zählschleife ist teurer als gedacht. Aufgrund einiger Telefonate konnten Beiträge von den genannten Firmen aufgetrieben werden. Für diese Bereitschaft, ein solches Commitment abzugeben, bedanke ich mich bei der Gurtenbahn AG, dem Gurtenpark im Grünen und beim Gurtenfestival.

Die Fraktion der Grünen stimmt dem Antrag des Gemeinderats mehrheitlich zu. Wir werden die Realisierung der Verkehrszählung und einer besseren Verkehrssignalisation genau verfolgen. Wird der Verkehr auf den Gurten trotzdem zunehmen, werden wir Massnahmen fordern, wie z. B. die Erstellung einer Schranke.

**Fraktionssprecher Ruedi Lüthi (SP):** Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats. Dies, besonders aufgrund dessen, dass bereits ein Runder Tisch stattgefunden hat. Ich habe an diesem Runden Tisch teilgenommen und kann festhalten, dass ein Runder Tisch eine gute Möglichkeit ist, solche Probleme zu diskutieren. Am Runden Tisch zur Gurtendorfstrasse wurde kein fauler Kompromiss gefunden, sondern es konnte eine Konsenslösung gefunden werden, mit welcher alle daran Beteiligten gut leben können.

Ich gehe zurück in die Geschichte: 1999 beschäftigte ich mich erstmals als Vorstandmitglied des Spiegel-Leists mit dem Gurten. Der Spiegel-Leist, der Gurtenbühl-Leist und der Verein Blinzernplateau haben 2008 eine Petition eingereicht. Innert relativ kurzer Zeit konnten 1'200 Unterschriften gesammelt werden. Unser einziges Anliegen war, dass die Fahrten auf den Gurten nicht zunehmen. Die Fahrten sollten gezählt werden und entsprechende Massnahmen ergriffen werden. Wir stellten jedoch keine Forderungen über die Ausgestaltung der Strasse. Wir konnten in einer durch die Gemeinde von 2008 – 2011 eingesetzte Begleitgruppe teilnehmen. Damals haben die bereits erwähnten Verkehrszählungen stattgefunden. Es darf nicht vergessen werden, dass diese Zählungen jeweils nur kurze Zeit durchgeführt worden sind und deshalb für die daran Beteiligten keine grosse Aussagekraft hatten. Immer wieder wurde die Frage gestellt, wer den Verkehr verursacht und immer wieder wird als erstes das Gurtenfestival genannt. Die Feststellung, dass für das Gurtenfestival während 5 – 6 Wochen ein hohes Verkehrsaufkommen stattfindet, ist richtig. In den anderen 47 Wochen während des Jahres ist jedoch kein Gurtenfestival-Verkehr vorhanden. Es geht darum, dass der Verkehr während den restlichen 47 Wochen nicht zunimmt.

Am Runden Tisch hat uns die Gurtenbahn AG aufgezeigt, weshalb nicht alle Güter mit der Bahn auf den Gurten transportiert werden können. Auf der Gurtendorfstrasse wird vor allem Material transportiert, Personen fahren entweder mit der Bahn oder gehen zu Fuss auf den Gurten. Die Passagierzahlen der Gurtenbahn sind stark angestiegen, heute werden fast doppelt so viele Gäste transportiert als noch in den Achtzigerjahren. Finden auf dem Gurten Tagesanlässe statt, werden prozentual mehr Güter transportiert, bei Mehrtages-Anlässen werden prozentual weniger Güter transportiert. Die Verantwortlichen für die Fahrten auf den Gurten schauen gut hin, dass ein guter Ausgleich stattfindet. So konnte beispielsweise das mittelländische Schwingfest dieses Jahr auf dem Gurten stattfinden, weil kein Theaterspiel durchgeführt wird. Wichtig ist auch: Für die Fahrten auf den Gurten müssen Bewilligungen eingeholt und Gebühren bezahlt werden, die ungefähr die Unterhaltskosten decken. Wo sonst in der Gemeinde Köniz müssen für eine Gemeindestrasse Gebühren bezahlt werden?

Zum Runden Tisch: Ich kann das vorhin Gesagte bestätigen, dass alle der Ansicht sind, dass man für den Gurten nur das Beste will. Vor allem wichtig ist allen dabei, dass auf der Gurtendorfstrasse keine Unfälle passieren und das kann beim aktuellen Zustand schon der Fall sein. Den Betreibern auf dem Gurten ist sehr wichtig, dass der Gurten autofrei ist und bleibt. Die Verkehrszählung ist vor allem deshalb wichtig, weil die Wahrnehmung unterschiedlich ist. Es kommt stark darauf an, wo man wohnt und was im Einzelnen wahrgenommen wird. Wichtig ist, dass einem allfälligen Mehrverkehr entgegengesteuert wird.

An dieser Stelle danke ich allen herzlich, die am Runden Tisch teilgenommen haben. Es hat sich gezeigt, dass für die Lösung solcher Probleme Instrumente wie ein Runder Tisch eine sehr gute Möglichkeit ist.

**Fraktionssprecher Reto Zbinden (SVP):** Ich bin Fan des Gurtens und vor allem der Veranstaltungen, die dort oben stattfinden. Die Sanierung der Strasse auf den Gurten ist für die SVP-Fraktion unbestritten. Der Gurten ist ein sehr wichtiges Ausflugsziel für die gesamte Bevölkerung. Um auf den Gurten zu gelangen, ist eine sichere Strassenverbindung notwendig, denn die Veranstaltungen auf dem Gurten sind für die Gemeinde Köniz ein Aushängeschild weit über die Gemeindegrenzen hinaus. So beispielsweise das Gurtenfestival, der GurtenClassic oder das Schwingest, das vor zwei Wochen stattgefunden hat. Es gibt noch sehr viele weitere Veranstaltungen. Für all das ist eine sichere und gut befahrbare Strasse notwendig und nicht zuletzt auch für die Bewohnenden des Gurtendorfs. Diese sind auf die Sanierung dringend angewiesen. Weiter ist die aktuelle Situation für Velofahrende nicht gut, auch ich selber habe bereits mit dem ausgewaschenen Mittelstreifen gekämpft. Ausserdem beurteilen wir die Variantenauswahl des Gemeinderats als sehr positiv. Schade, ist man nicht bereits 2003 zu diesem Schluss gelangt, denn damit hätten Kosten eingespart werden können.

Nun liegt eine gute Variante vor und die SVP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zustimmen.

Wurde die Realisierung einer Zähl Schlaufe von den Bewohnenden des Gurtendorfs auch gefordert? Die Kosten dafür sind doch hoch und einen direkten Nutzen sehe ich zurzeit nicht, denn allein die Zähl Schlaufe verhindert keine einzige Fahrt. Mit einer besseren Signalisierung des Fahrverbots bei der Talstation kann viel mehr erreicht werden und dies ist auch kostengünstiger.

**Fraktionssprecher Ronald Sonderegger (FDP):** Der Gurten ist ein wunderbares Naherholungsgebiet und er gehört uns allen. Ob Könizer, Berner oder Belper – um nur einige Vertreter unserer Region zu nennen –, spielt keine Rolle. Der Hügel hat eine grosse regionale Bedeutung für uns alle. Aus diesem Grund muss er auch für alle zugänglich sein. Es ist ganz natürlich, dass hier verschiedene Interessen aufeinandertreffen. Solche mit kleinem Ausmass, aber auch solche mit grossem, wie beispielsweise das Gurtenfestival.

Schon heute werden die meisten Güter umgeladen, bzw. gesammelt und teilweise mit der Gurtenbahn transportiert. Das soll so bleiben, wie es bis anhin gehandhabt worden ist. Es gibt aber auch Grenzen und dafür ist die Gurtendorfstrasse notwendig, die nun in einem vernünftigen Rahmen saniert werden soll und damit brauchbar zur Verfügung gestellt werden kann.

Gerade die Betreiber des Gurtenpark im Grünen sind interessiert daran, dass nicht zu viel Verkehr auf dem Gurten stattfindet und sie achten bereits heute stark darauf. Es wird sehr gut darauf geachtet, denn es liegt in ihrem ureigensten Interesse, dass nur die nötigsten Fahrten stattfinden und keine Überfrequenz vorhanden ist. Die Fahrbewilligungen auf den Gurten werden bereits heute sehr restriktiv erteilt. Die Fahrten sind bis jetzt und werden auch in Zukunft auf den betrieblich notwendigen Mengen tief gehalten. Die durchgeführten Zählungen haben dies bewiesen. Die Anzahl Fahrten ist nicht angestiegen, sondern sie bewegen sich im etwa immer gleichen Rahmen. Apropos Fahrtenzählung:

Eine teure und komplizierte Fahrtenzählung, die aufwändig und anfällig ist, ist gemäss Ansicht der FDP-Fraktion nicht notwendig. Sparen wir die Kosten dem Gemeindehaushalt zuliebe ein und blähen damit nicht noch die Bürokratie auf.

Eigentlich hat man am Runden Tisch eine Lösung gefunden. Es muss nicht mehr gross darüber debattiert werden, denn es geht hier um den Kredit und sonst um nichts anderes.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Kredit gemäss dem Antrag des Gemeinderats zu.

**Heinz Nacht (SVP):** Der Anlass GurtenClassic ist meiner Ansicht nach der grösste Sportanlass in der Gemeinde Köniz. Auch für diesen Anlass sind einige Fahrten notwendig.

Etwas zu Alternativenergie: Für die Anlieferung von Alternativenergie sind mehr Fahrten notwendig als für die Anlieferung von Heizöl. Auch der Kaminfeger muss vier Mal mehr auf den Gurten fahren, um die Anlagen zu reinigen. All dies sind Dinge, die durch die neuen Techniken beeinflusst werden.

Zur Zählschlaufe: Diese kostet pro Fahrt auf den Gurten rund 4 Franken. Ich gehe hier mit Roland Sonderegger einig, dass 39'000 Franken – respektive 24'000 Franken für die Gemeinde Köniz – für eine Zählschlaufe viel Geld sind. Diese Mittel würden besser unseren Kids zur Verfügung gestellt, damit sie mehr Sport treiben oder Musik spielen können.

**Barbara Thür (GLP):** Zum Votum von Heinz Nacht: 4 Franken für eine Fahrt ist schon viel Geld. Wenn man jedoch wirklich zählt, stellt man fest, dass es schlussendlich nur noch 1 Franken pro Fahrt ausmacht.

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Weiter zu den Kosten pro Fahrt: Die Berechnungen wurden hier jeweils für ein Jahr angestellt. Die 39'000 Franken sind jedoch die Initialkosten für die Einrichtung der Zählschlaufe. Wenn sie dereinst laufen wird, werden dadurch fast keine zusätzlichen Kosten mehr anfallen. Wenn schon müssten die Berechnungen auf die Lebensdauer des Geräts angestellt werden.

Ziel ist, dass möglichst wenige Fahrten auf den Gurten stattfinden.

Allgemein zum Nutzen der Zählschlaufe, der allgemein infrage gestellt worden ist: Wenn man fortlaufend zählt, wie viele Fahrten auf den Gurten stattfinden, führt dies dazu, dass der Gemeinde bewusst ist, die Bewilligungen nur sehr restriktiv zu erteilen. Auch die Polizei kontrolliert dann im Wissen, dass jede Fahrt – auch die illegalen – gezählt werden. Alle haben Interesse daran, die Anzahl Fahrten so tief als möglich zu halten.

Über allem hängt immer noch das Damoklesschwert, dass bei einer Zunahme der Anzahl Fahrten irgendeinmal zusätzliche Massnahmen getätigt werden müssen. Das wird viele dazu bewegen, die Anzahl Fahrten tief zu halten. Stehen die Zahlen über die Fahrten täglich zur Verfügung, ist jedem Veranstalter klar, wie viele Fahrten er für seine Veranstaltung generiert hat. Dann wird ersichtlich sein, ob die Fahrten pro Veranstaltung zunehmen oder nicht. Das könnte den Ehrgeiz bei jedem Veranstalter wecken, jedes Jahr weniger Fahrten zu generieren und somit wäre das Ziel erreicht.

**Parlamentspräsident Andreas Lanz** macht darauf aufmerksam, dass die Fahrtenzählung nicht Bestandteil des vorliegenden Geschäfts ist und bittet, sich zum Beantragten zu äussern.

**Ruedi Lüthi (SP):** Zum Runden Tisch: Dabei handelt es sich nicht um einen faulen Kompromiss, sondern um einen Konsens. Die Verkehrszählung ist ein Resultat des Runden Tisches und dazu haben alle ja gesagt, auch die Vertretungen des Gurtendorfs und die Gemeinde Köniz.

Zu Verkehrszählungen: Solche werden auf vielen Strassen vorgenommen, in der Stadt Bern werden sogar Velofahrten gezählt.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** ich danke für die vielen positiven Voten. 2009 verlief die Diskussion im Parlament nicht so positiv. Damals wurde die Gurtendorfstrasse im Bereich des Waldes asphaltiert. Die Asphaltierung der Gurtendorfstrasse ist wirklich ein Politikum und deshalb ist auch das Thema Zählschlaufe derart wichtig. Zudem bestehen Ängste, dass mit der Asphaltierung die Fahrten zunehmen werden.

Wir sind uns alle einig, dass es nötig ist, die Gurtendorfstrasse endlich vollflächig zu asphaltieren, das hätte bereits 2003 oder noch früher vorgenommen werden sollen. Man hätte nie damit beginnen sollen, nur zwei Fahrstreifen zu asphaltieren. Die Gurtendorfstrasse wird von verschiedensten Benutzern genutzt. Sie ist für den Gurtenpark im Grünen wichtig. Es handelt sich um eine öffentliche Gemeindestrasse, auch wenn der Gurten autofrei ist. Klar ist auch, dass keiner der Beteiligten Interesse an mehr Fahrten auf den Gurten hat und deshalb die Beiträge an die Zählschlaufe, die ihnen sehr wichtig ist.



Es ist wichtig, dass der Gurten weiterhin belebt ist und dazu sind Fahrten auf den Gurten notwendig. Die Migros deckte jahrelang Defizite des Gurtenpark im Grünen. Denn das ist nicht einfach eine Erfolgsgeschichte, sondern es handelt sich um ein Schönwetter-Ausflugsrestaurant. Deshalb sind Aktivitäten auf dem Gurten und auch der neu realisierte Pavillon wichtig. Damit wird eine wetterunabhängige Grundaustattung möglich.

Mit der Asphaltierung wird die Gurtendorfstrasse für die nächsten 20 bis 25 Jahre saniert sein. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass mit der Sanierung eine gute und langfristige Lösung für die Strasse vorliegt. Wichtig: Mit der Zählschleife wird aufgezeigt werden können, dass die Fahrten nicht ansteigen und man kann damit auf die Ängste von gewissen Bevölkerungskreisen eingehen, denn diese ist die Voraussetzung für die politische Akzeptanz der Sanierung. Deshalb wird der Restbetrag ins Budget der Erfolgsrechnung 2018 aufgenommen.

Zum Schluss danke ich allen Beteiligten, die an der Gestaltung des Runden Tisches mitgeholfen haben sowie auch für die finanziellen Beiträge des Gurtenpark im Grünen, der Gurtenbahn AG und des Gurtenfestivals auch von meiner Seite.

---

### **Beschluss**

Für die Realisierung der Sanierung Gurtendorfstrasse wird ein Kredit von CHF 415'000 (inkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto Nr. 2420.5010.0305, „Wabern, Sanierung Gurtendorfstrasse, Ausführung“ bewilligt.

Abstimmungsergebnis: Offensichtliches Mehr.

---

### **8. 1501 Postulat (SP Köniz) "Stopp der berufsbildungsfeindlichen Praktikumskultur an Kindertagesstätten in Köniz"**

Abschreibung; Direktion Bildung und Soziales

**Vanda Descombes (SP):** Aus einer vertraulichen, offiziell noch nicht ganz bestätigten Quelle habe ich erfahren, dass ab 2018 für die Lehre als Mediamatiker/in ein Praktikum zwingend notwendig ist... Diese Aussage stimmt nicht. Aber bei der Lehre Fachfrau/Fachmann Betreuung Kind wehren Sie sich nicht gegen eine solche Aussage. Dort ist dieses Ünding üblich. Nur weil die Vorgaben der GEF (Gesundheits- und Fürsorgedirektion) die Anstellung von Praktikantinnen und Praktikanten zulässt, soll dies noch lange nicht bedeuten, dass die Praktikumskultur auch in Ordnung ist. Nach wie vor gilt das, was Christoph Salzmann vor fast genau 2 Jahren gesagt hat: Für keine Lehre nach der obligatorischen Schulzeit ist ein Praktikum Voraussetzung. Das gilt ebenso für die/den Fachfrau/Fachmann Betreuung Kind. Dieser alte Zopf stammt aus einer Zeit, wo Kleinkindererzieherinnen ihre Lehre erst mit 18 Jahren beginnen durften, weil man sogenannte Erfahrung und Reife braucht. Dieser alte Zopf sollte längst schon abgeschnitten sein. Mit solchen Vorgaben, wie jenen der GEF, oder mit Aussagen, dass ein Praktikum für Berufsunentschlossene sinnvoll sei, werden Praktika harträchtig zementiert. Für Berufsunentschlossene gibt es jedoch andere und bessere Angebote. Ich wage zu behaupten, dass die Situation bei den Kinderbetreuerinnen mit dem Beruf – Kinder betreuen können schliesslich alle – und dem Geschlecht der Lernenden zu tun hat. Spätestens dann, wenn die Kinderbetreuung auch Männersache ist – dazu konnte am Sonntag in der NZZ ein Artikel gelesen werden – behaupte ich, dass die Geschichte mit den Praktika sich ändern wird.

Zum Postulat: Der Gemeinderat beantragt Abschreibung. Ich bin einverstanden mit der Abschreibung des Postulats. Nicht etwa, weil die Sache für mich erledigt ist, sondern weil ich der Ansicht bin, dass wir hier nicht mehr tun können und weil wir anerkennen müssen, dass der Gemeinderat hier einen zu kleinen Spielraum hat.

Die Antwort des Gemeinderats ist dennoch nicht befriedigend oder nur leicht besser als jene von 2015. Immerhin anerkennt der Gemeinderat, dass Praktikantinnen/Praktikanten für einen Betrieb nach einer Einführung bald einmal rentabel sind. Damit gibt er zu, dass es sich hier um kostengünstige Arbeitsplätze handelt, auf dem Buckel von Jugendlichen, zu einem Lohn von ca. 1'000 Franken. Der Gemeinderat anerkennt auch, dass Kita-Plätze ohne die günstigen Löhne der Praktikantinnen teurer würden; 100 Franken pro Monat und Platz, d. h. ca. 4 Prozent, denn nicht alle wegfallenden Praktika lassen sich durch Lehrstellen ersetzen, sondern nur durch teureres Hilfspersonal. Ich weiss, diese Mehrkosten muss irgendjemand bezahlen, entweder Kanton und Gemeinde oder die Eltern. Es gilt hier eine Interessensabwägung vorzunehmen zwischen dem höheren Preis für Kitaplätze oder der Ausnützung von Jugendlichen. Ich überlasse es Ihnen, abzuwägen was hier besser ist. Mir ist ehrlich gesagt das Wohl der Jugendlichen wichtiger.

Auch wenn der Spielraum der Gemeinde klein ist und das Problem kantonal geregelt werden muss, heisst das jetzt nicht, dass der Gemeinderat zurücklehnen kann. Der aktuelle vielleicht, nicht jedoch der nächste. Wir nehmen den Gemeinderat beim Wort und erwarten, dass die Gemeinde ihr Versprechen einlöst: Dass sie zusammen mit Stadt Bern und Kanton für eine Regelung einsetzt, entweder in der ASIV (Verordnung über Angebote für soziale Integration) oder beim Jugendamt. Die ASIV könnte die Normkosten erhöhen, so dass die Betriebe nicht die Lohnkosten drücken müssen. Das Jugendamt könnte die Praktikumskultur beispielsweise mit einer restriktiveren Handhabung der Betriebsbewilligungen eindämmen. Die Arbeitsmarktaufsicht ist bereits aktiv worden, das ist unter anderem auch ein Verdienst des Vorstosses von Christoph Salzmann und der SP-Fraktion. Sie schränkt ein Praktikum auf maximal 6 Monate ein. Ich vermute, dass dies eine vorläufige Kompromisslösung darstellt, denn sechs Monate sind weder pädagogisch für die Jugendlichen noch organisatorisch für die Kitas wirklich sinnvoll.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich auf eine Aussage in der Vorlage zu sprechen kommen, die für mich schlichtweg haarsträubend ist. „Der Gemeinderat erachtet es als heikel, den privaten Betrieben Vorgaben zu machen.“ Wie soll ich dies verstehen? Entweder kann der Gemeinderat dies oder nicht; das ist eine juristische Frage. Wenn man dies via Leistungsvereinbarung regeln kann, hat der Gemeinderat offenbar nicht den Mut, sich durchzusetzen und dafür zu sorgen, dass zumindest in den Könizer Kitas keine Praktika mehr angeboten werden, sondern Lehrstellen und Stellen für Hilfspersonal. Wie glaubwürdig ist das Versprechen des Gemeinderats, dass er sich auf kantonalen Ebene einsetzen will, wenn er nicht einmal seine Möglichkeiten auf kommunaler Ebene nützen will?

Wir erklären uns trotzdem mit der Abschreibung einverstanden und harren der Dinge die da kommen.

**Fraktionssprecherin Elena Ackermann (Grüne):** Ich kann mich dem Votum von Vanda Descombes mehr oder weniger anschliessen. Die Fraktion der Grünen unterstützt die vom Gemeinderat beantragte Abschreibung.

Wie der Gemeinderat gut ausführt, hat sich die Situation seit der Einreichung des Postulats mehr oder weniger klar verbessert. Die kantonale Arbeitsmarktaufsicht hat reagiert, im Kanton Bern wird es künftig keine endlosen, schlecht bezahlten Praktika mehr geben. Die Fraktion der Grünen forderte bereits anlässlich der letzten Debatte eine kantonale Lösung und wir freuen uns nun über die Entwicklung. Mit der Einführung der Betreuungsgutscheine wird sich jedoch noch einmal viel ändern. Wir nehmen hier den Gemeinderat klar beim Wort, dass er sich weiterhin für diese Thematik stark macht.

Der Gemeinderat führt als Argument auf, dass die Praktikantinnen und Praktikanten die Kita-Preise tief halten. Es kann jedoch nicht sein, dass wir den Jugendlichen keine Berufsbildung anbieten können, nur damit zu Dumpinglöhnen zu unseren Kindern geschaut wird. Fairtrade geht anders. Im Vorfeld habe ich mit einer Person gesprochen, die seit langem in dieser Branche tätig ist. Die Praktikumskultur hat ihren Ursprung wahrscheinlich darin, weil man früher erst mit 18 Jahren mit der Ausbildung beginnen konnte. Das ist jedoch längst überholt. Weiter konnte mir die Person bestätigen, dass sie ganz ohne Praktikumsplätze arbeiten. Wenn man will, geht es.

**Fraktionssprecher Fritz Hänni (SVP):** Die SVP-Fraktion hat bereits anlässlich der letzten Debatte der vom Gemeinderat beantragten Abschreibung zugestimmt. Wir halten an dieser Auffassung fest. Kitas müssen im Privatmarkt konkurrenzfähig bleiben. Die Ansicht des Gemeinderats, dass die Regelung übergeordnet auf kantonalen Ebene gelöst werden muss, ist in unseren Augen richtig. Die kantonale Arbeitsmarktaufsicht hat das Problem auch erkannt. Betreuungsgutscheine sind in unseren Augen eine gute Lösung, da es auch private Kitas gibt, auf welche die Gemeinde keinen Einfluss hat. Im Bericht ist festgehalten, dass die Anzahl Lehrstellen – wenigstens dies – in den letzten Jahren bereits zugenommen hat. Das ist sicher positiv.

Die Antwort des Gemeinderats ist aus unserer Sicht schlüssig.

---

## **Beschluss**

Das Postulat wird abgeschrieben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

---

## 9. 1503 Motion (Grüne, GLP, BDP) "Velohauptachse Köniz-Bern-Ostermundigen"

Abschreibung; Direktion Planung und Verkehr

**Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Die heute vom Gemeinderat zur Abschreibung beantragte Motion wurde in drei Gemeinden – Bern, Köniz und Ostermundigen – eingereicht. Die Idee war, dass nach der Ablehnung von TRB (Tram Region Bern) mit sehr viel weniger Geld als für TRB eine Velohauptroute realisiert werden kann, mit der zusätzliche Verkehrskapazitäten geschaffen werden können. Wenn man damit rechnet, dass auf einer solchen Velohauptroute ca. 5'000 Velos pro Tag verkehren, ist das ungefähr die gleiche zusätzliche Kapazität, die mit TRB hätte erreicht werden können. Deshalb der Vorstoss, denn mit Velos können auf weniger Platz mehr Menschen transportiert werden. Ein Velo benötigt ca. zehn Mal weniger Platz als ein Auto und es ist immer zu 100 Prozent ausgelastet. Bei den Autos liegt diese bei ca. 25 Prozent.

In der Stadt Bern ist der Veloverkehr förmlich explodiert, immer häufiger sieht man ganze „Velostrauben“ vor Verkehrsampeln. Ich sehe je länger je mehr Bilder, wie ich sie von Kopenhagen her gewöhnt bin, speziell in Gebieten vor der Kirchenfeld- und Kornhausbrücke. Die Velooffensive der Stadt Bern wirkt. In der Stadt Bern wurde letztes Jahr die erste Velohauptroute eingerichtet: Von der Lorrainebrücke zum Wankdorf. Es handelt sich dabei um durchgehende – ich betone dies – Velostreifen, wenn immer möglich mit einer Breite von 2,5 Metern. Dies damit sich Velos überholen können, ohne auf die Fahrbahn der Autos ausweichen zu müssen.

Die zweite Velohauptroute, die die Stadt Bern einrichten will, ist vom Bahnhof Bern nach Köniz geplant. Das kann durchaus als Erfolg der vorliegenden Motion betrachtet werden. Die Motion ist in den drei Gemeinden eine Erfolgsstory, weil: Drei Jahre nach der Ablehnung von TRB durch die Stimmbewölkerung in der Gemeinde Köniz wird die Gemeinde Köniz ans Velohauptrouthenetz der Stadt Bern angeschlossen.

Schauen wir uns nun an, was die Gemeinde Köniz in dieser Beziehung leistet und wie die Motion hier umgesetzt wird. Denn „Köniz ist Velogemeinde“ ist ein Leuchtturmprojekt des Gemeinderats. Einige Kritikpunkte: Im Projekt Langsamverkehrsmassnahmen Schwarzenburgstrasse, das im Bericht des Gemeinderats erwähnt ist, gibt es keine durchgehenden Velostreifen. Es bestehen Lücken, weil für durchgehende Velostreifen Parkplätze aufgehoben werden müssten und dazu fehlt in der Gemeinde Köniz der Mut. Bern macht vor wie es geht. So sind zwischen Loryplatz und Fischermätteli sehr viele Parkplätze aufgehoben worden und für die Velofahrenden ist nun genügend Platz vorhanden. In der Gemeinde Köniz werden Velostreifen höchstens 1,50 Meter breit geplant, anstatt den Standard von 2,50 Metern für die Velohauptroute der Stadt Bern zu übernehmen. Klar ist, dass nicht überall genügend Platz vorhanden ist. Es gibt jedoch Orte, wo genügend Platz vorhanden ist. Anstelle eines breiten Mittelstreifens könnten breitere Velostreifen realisiert werden. Das wurde bereits von uns kritisiert.

Wo wird die Velohauptachse vom Brühlplatz weg weitergeführt? Ich habe von der Gemeinde Köniz noch kein Konzept gesehen, mit welchem klar festgehalten ist, wohin die Velohauptroute führt. Geht sie bis nach Schliern? Dazu wäre es beispielsweise schlau, man würde im Zentrum von Köniz zusätzlich Velopiktogramme aufzeichnen, damit die Autos wirklich links fahren und die Velofahrenden den Stau gut rechts überholen können. Auch habe ich in der Gemeinde Köniz noch keine roten Einfärbungen der Velospuren bei gefährlichen Abzweigungen gesehen; das ist in Bern vielerorts umgesetzt und gibt ein gutes Sicherheitsgefühl. Bern verfügt bereits über zwei Velostrassen. In der Gemeinde Köniz gibt es noch keine, obwohl wir über Strassen verfügen, die sich dafür sehr gut eignen würden, so wäre beispielsweise die Route Stapfenstrasse-Schlossstrasse-Wabersackerstrasse eine sehr gute Lösung als Parallelroute auf welcher die Velos Vortritt haben.

Unglücklich ist die Führung der Velohauptroute auf der Schwarzenburgstrasse, was eine Konkurrenz zur Buslinie 10 bedeutet. Wenn die Velohauptroute wirklich ein Erfolg werden soll und auf dieser 5'000 Velos pro Tag verkehren, behindern sich Bus und Velo gegenseitig.

In der Motion werden auch Kommunikationsmassnahmen gefordert und darüber konnte ich dem Bericht nichts entnehmen. Die Einrichtung der Velohauptroute muss auch kommuniziert werden. Erfahrungen aus anderen Velostädten zeigen, dass dies ein sehr zentraler Punkt ist.

Als positiv halte ich hier fest, dass die Gemeinde Köniz Parallelrouten plant, wie z. B. im Wangental oder in Wabern. Ich bin sehr gespannt auf die einheitliche Markierung der Velohauptroute.

Mehrere Punkte der Motion sind nicht erfüllt. Die Fraktion der Grünen stimmt trotzdem dem Antrag des Gemeinderats auf Abschreibung zu. Einiges ist erreicht worden. Gegebenenfalls werden wir mit anderen Vorstössen nachdoppeln, damit das Velo-Leuchtturmprojekt tatsächlich auch zum Leuchten kommen wird.

**Fraktionssprecher Christian Roth (SP):** Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den vorliegenden, kurzgehaltenen Bericht. Der Gemeinderat geht mit seinen Bemühungen mit Unterstützung des Parlaments in die richtige Richtung. Wir sind aber, wie bereits von Hansueli Pestalozzi gehört, noch lange nicht am Ziel. Am Ziel, mehr Könizerinnen und Könizer für das Velofahren zu motivieren, den öV zu entlasten und die Infrastruktur des MIV (motorisierter Individualverkehr) zu entlasten.

Als positiv kann klar festgehalten werden, dass mit dem Projekt kurz- und mittelfristige Langsamverkehrsmassnahmen auf der Schwarzenburgstrasse – die vom Parlament kürzlich verabschiedet worden sind – eine deutliche Verbesserung für die Velofahrenden zwischen Köniz und Bern eingeleitet ist. Kritik ist zwar vorhanden, aber aus Sicht der SP-Fraktion ist das Mögliche vorgenommen worden. Sehr erfreut nimmt die SP-Fraktion zur Kenntnis, dass die Zusammenarbeit mit der Stadt Bern sehr gut klappt. Denn nur wenn die in der Gemeinde Köniz geplanten Massnahmen in Bern eine Fortsetzung finden, kann eine funktionierende Velohauptachse Köniz – Bern entstehen. Auf der Schwarzenburgstrasse wird velotechnisch nun ein grosser Schritt vorwärts getan. Die Note ungenügend gibt die SP-Fraktion jedoch den Bemühungen des Gemeinderats in Bezug auf die weiterführenden Massnahmen. Während dem er im Bericht an das Parlament vom Mai 2015 noch weitere geplante Infrastrukturmassnahmen für den Veloalltagsverkehr im Korridor Schliern-Köniz-Liebefeld auflistet, ist im vorliegenden Bericht nur noch sehr wenig zu lesen. So ist schwammig festgehalten, dass der Abschnitt Schliern-alter Friedhof-Stapfenstrasse-Köniz Zentrum „in den nächsten Prioritäten weiterbearbeitet wird“. Das ist – gelinde gesagt – eine etwas zögerliche Herangehensweise an eine wichtige Langsamverkehrsverbindung, mit der Velofahrenden die Möglichkeit gegeben würde, die stark befahrene Schwarzenburgstrasse zwischen dem unteren Ende der Muhlernstrasse und dem Zentrum von Köniz zu umfahren. Hier besteht aus Sicht der SP-Fraktion klar Handlungsbedarf. Wir werden sicher an diesem Thema dran bleiben.

Wir honorieren jedoch den konkreten Schritt, der jetzt kommt: Die Verbesserung der Situation für den Langsamverkehr auf der Schwarzenburgstrasse zwischen Brühlplatz und Gemeindegrenze und werden deshalb der vom Gemeinderat beantragten Abschreibung der Motion zustimmen.

**Fraktionssprecher Heinz Nacht (SVP):** Auch die SVP-Fraktion anerkennt, dass sich die Gemeinde Köniz grosse Mühe gibt, das Leuchtturmprojekt Veloverbindungen zum Fliegen zu bringen. Wir sind jedoch der Ansicht, dass es nicht so recht zum Fliegen kommt.

Zugegebenermassen ist es nicht so einfach wie es tönt. Das Velo ist nicht mehr einfach nur ein Gerät, sondern es gibt Velos mit Anhängern, die eher gemütlich fahren und vor allem mehr Platz und Sicherheit benötigen. Daneben gibt es Freizeitsportler auf Rennvelos, die sehr schnell fahren. Hier sprechen wir aber von der wichtigsten Kategorie Velofahrender: Von jenen, die mit dem Velo zur Arbeit fahren. Auch hier gibt es zwei Kategorien: Jene ohne und jene mit E-Bikes und diese wird immer grösser. Die E-Bikes können bis zu 45 km/h fahren und diese haben ganz andere Anforderungen. Die E-Bike Fahrenden brauchen keine Abkürzung über einen alten Friedhof mehr, sondern sie wollen möglichst schnell in die Stadt gelangen. Eine Variante wäre, möglichst breite Velostreifen zu realisieren. In der Stadt Bern herrscht offenbar der grosse Vorteil, mehr Platz zur Verfügung zu haben. Sobald man durch die Gemeinde Köniz fährt, wird alles ein wenig schmaler.

Die SVP-Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderats auf Abschreibung der Motion.

Noch einige persönliche Bemerkungen: Ich bin sehr enttäuscht über die Sanierung der Kirchstrasse. Diese ist für die Velofahrenden massiv schlechter geworden. Ich ärgere mich sehr über die Buslinie 29, deren Haltestellen mitten auf der Strasse sind, über Verkehrsinseln mit lebensgefährlichen Kanten, die nur einige Zentimeter hoch sind. Der Kreisel auf der Landorfstrasse, der in die Siedlung Ried führt ist, hätte – wenn man von Niederwangen her fährt – mit einfachen Mitteln von Velofahrenden umfahren werden können, so wie dies beim Eigerplatz möglich sein wird. Ich bin über diese Dinge sehr enttäuscht und auch, dass alles reden hier am Rednerpult nichts nützt. Die beiden Projekte – die Kirchstrasse und der Kreisel Ried-Niederwangen – sind aus meiner Sicht velotechnisch gesehen völlig missraten. Ich hoffe, dass das Projekt Velohauptachse Schliern-Köniz-Bern-Ostermundigen besser wird als die beiden von mir genannten Projekte.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich danke für die positiven und die kritischen Voten. Ich halte zum Legislaturziel „Köniz ist Velogemeinde“ Folgendes fest: In den vergangenen vier Jahren ist doch einiges erreicht worden. Ich denke an die Parallelroute Freiburgstrasse, die Veloroute in Wabern entlang des Doppelspurausbaus der BLS, die Route an der Schwarzenburgstrasse inklusive Parallelroute durch das Quartier, plus diverse kleine Massnahmen.

Damit ist innerhalb von vier Jahren doch einiges erreicht worden, auch wenn noch nicht ganz alles umgesetzt werden konnte. Für die Umsetzung muss zuerst einmal geplant und ein Baugesuch eingereicht werden. Die Ausführung kann nicht so schnell umgesetzt werden. Zudem wurde innerhalb der Verwaltung die Aktion „Fuss-Velo Köniz“ gestartet, zu welcher diverse Massnahmen in Planung sind, um den Veloverkehr bis 2030 von 5 auf 10 Prozent zu steigern und auch den Fussverkehr bei 32 Prozent zu halten, denn auch der Fussverkehr darf bei der Betrachtung des Langsamverkehrs nicht vergessen werden.

Es ist richtig, dass die Verbindung Stapfenstrasse-Muhlernstrasse noch nicht realisiert ist. Bisher fand kein Projekt eine Mehrheit im Gemeinderat. Mit TRB hätte die Baupiste dafür genützt werden können, nach der Realisierung von TRB eine Veloverbindung zu erstellen. TRB ist leider abgelehnt worden und somit wurde die Chance für die Errichtung einer günstigen Veloverbindung verpasst.

Festgehalten wurde vorhin, dass man in Bezug auf die Velofahrenden enttäuscht ist über die Sanierung der Kirchstrasse und den Kreisel Papillon. Wir haben die Anliegen der Velofahrenden aufgenommen, speziell im Kreisel Papillon, und diese umgesetzt. Dass nun noch eine Umfahrung hätte realisiert werden sollen, war mir nicht bewusst. Auch ich fahre mit dem Velo und ich bin der Ansicht, dass der Papillon-Kreisel und die Sanierung der Kirchstrasse velotechnisch nicht völlig missraten sind, sondern im Gegenteil: Ich habe Freude an der Kirchstrasse, an den neuen Velostreifen, die das Profil der Strasse verengen und so für Velofahrende sicherer machen. Auf der Kirchstrasse ist eine Tempo-30-Zone markiert und das bedeutet Sicherheit für die Velofahrenden. Dass sich die Haltestellen der Buslinie 29 auf der Strasse befinden, sehe ich auch nicht als ein Problem an. Als Velofahrender muss man halt einmal hinter dem Bus warten, das ist jedoch nicht dramatisch und auch das trägt zur Beruhigung des Verkehrs bei.

Richtig ist die Feststellung, dass noch nicht alles erreicht ist, aber für mich leuchtet der Leuchtturm „Köniz ist Velogemeinde“. Der Prozess ist angestossen und schliesslich soll der neue Gemeinderat auch noch etwas zu tun haben.

---

### **Beschluss**

Die Motion wird abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

---

### **10. 1529 Postulat (SP Köniz) „Pflicht zu Mehrweggeschirr bei Veranstaltungen auf öffentlichem Grund“**

Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe

**Ruedi Lüthi (SP):** Am 25. April 2016 wurde die vorliegende Motion im Parlament beraten. Gemeinderätin Rita Haudenschild hielt damals Folgendes fest: „Das von Ruedi Lüthi eingebrachte Anliegen ist absolut wichtig. Ich habe den Eindruck, dass es sogar nichts ausmacht, wenn dem Gemeinderat Beine gemacht werden. Das Anliegen ist in der Legislaturplanung enthalten.“ Der Gemeinderat beantragte die Erheblicherklärung als Postulat mit folgender Begründung: „Das bewog den Gemeinderat dazu, den Spielraum in der Sache etwas grösser zu halten. Ich versichere Ihnen jedoch, dass der Gemeinderat in Bezug auf die Zeit keinen grösseren Spielraum haben will. Wir sehen vor, die nötigen Anpassungen im Abfallreglement rasch zu erarbeiten und Ihnen noch in dieser Legislatur vorzulegen.“ Das war vor etwas mehr als einem Jahr. Ich gehe noch weiter zurück, zum November 2013, als das Parlament die Abfallstrategie 2013 – 2023 beriet. Abstimmungsergebnis war: 1 Stimme für teilweise zustimmende Kenntnisnahme, 33 Stimmen für zustimmende Kenntnisnahme. Also Kenntnisnahme von jener Abfallstrategie, in welcher wörtlich festgehalten ist, dass die Pflicht zum Mehrweggeschirr bei Veranstaltungen auf öffentlichem Grund eingeführt und das Abfallreglement angepasst werden sollen.

Mit dem Wissen und der Zusicherung des Gemeinderats, stimmte ich der Umwandlung in ein Postulat zu. Ich habe jedoch nicht berechnet, dass der Gemeinderat ein Gesamtgremium ist. Nun, ein Jahr später ist von alledem nichts mehr vorhanden. Die Vorgaben in der Abfallstrategie sind nicht mehr vollständig umzusetzen und auch das Versprechen des Gemeinderats in Bezug auf die Anpassungen des Abfallreglements wird nicht mehr umgesetzt. Es ist ungefähr so wie bereits bei der Energiestrategie oder dem Energiekonzept: Alles ist nur Makulatur und die Vorstösse werden nicht erledigt oder unerledigt zur Abschreibung beantragt.

Der Gemeinderat findet nun neue Umsetzungsprobleme, die jedoch nichts mit der Einführung von Mehrweggeschirr bei Veranstaltungen auf öffentlichem Grund zu tun haben.

So z. B. der Begriff „öffentlicher Grund“. Veranstaltungen auf öffentlichem Grund benötigen, unabhängig vom Mehrweggeschirr, oft eine Bewilligung und die Regelungen dafür sind z. B. im Ortspolizeireglement enthalten. Will man alkoholische Getränke ausschenken, etc. ist eine Bewilligung notwendig. Ob es notwendig ist, bei Veranstaltungen auf öffentlichem Grund ein Abfallkonzept zu erstellen oder nicht, hat nichts mit der Einführung von Mehrweggeschirr zu tun. Es gibt diesbezüglich auch keine Forderung. Die Gemeinde Köniz muss auch – wie vorgeschlagen wird – keine eigene Beratung für den Einsatz von Mehrweggeschirr aufbauen. Dafür gibt es genügend private Firmen oder auch die Logistik Bern bietet sehr gute Dienste an. Ich habe diese Dienste schon für Projektabschlussfeste in Anspruch genommen und kann festhalten, dass alles zur besten Zufriedenheit funktioniert hat. Das Geschirr wird angeliefert, abgeholt und gereinigt und kostet pro Person rund 1 Franken. Der Gemeinderat betont, dass die Situation in Bern nicht mit jener in der Gemeinde Köniz verglichen werden kann. Wir können aber auch andere Orte als Beispiel heranziehen, z. B. Burgdorf, wo ein entsprechendes Referendum für die Einführung von Mehrweggeschirr von der Bevölkerung klar angenommen worden ist. In der Gemeinde Köniz ist gegenüber Burgdorf ein grosser Vorteil vorhanden: Wir sind nahe bei der Stadt Bern und können von deren Dienstleistungen profitieren.

Ich will sicher nicht – und deshalb lautete die Forderung auch „auf öffentlichem Grund“ – dass die Pflicht zu Mehrweggeschirr bei jedem privaten Anlass obligatorisch wird. Ich bin auch nicht sicher, ob die Pflicht zu Mehrweggeschirr anlässlich von Schulfesten der Fall sein muss, denn ich bin mir sicher, dass die Lehrpersonen sich ihrer Vorbildfunktion bewusst sind und diese Feste mit Mehrweggeschirr durchgeführt werden.

Zu beiden Massnahmen, die der Gemeinderat nun vorschlägt und er von Strategie spricht und eine sehr hohe Flughöhe einnimmt, halte ich Folgendes fest: Zum Thema Motivation und Beratung für die Förderung der freiwilligen Umsetzung: Ich bitte, dass der Verwaltung nicht noch mehr Aufgaben zugeschanzt werden. Motivation und Beratung ist nicht notwendig, weil z. B. die Logistik Bern über solche Beratung und auch die Hardware dazu verfügt. Das ist ein idealer Partner dafür, das muss nicht von der Gemeinde Köniz aufgebaut werden. Zum Thema freiwillige Vereinbarungen. Ich bin überrascht, dass hier das Thai-Festival als Referenz angegeben wird. Alle Anwesenden können sich anfangs Juli davon überzeugen, dass das Thai-Festival auf öffentlichem Grund stattfindet: Auf dem Parkplatz der Schulanlage Lerbermatt werden Esswaren verkauft und teilweise wird sogar die Strasse gesperrt. Solche Anbieter müssen nicht beraten werden, weil es für sie eine grosse Ausnahme ist, dass keine Mehrweggeschirr-Pflicht herrscht.

Zum Fazit: Wird das Postulat nun abgeschrieben, bedeutet dies, dass die Vorgaben aus der Abfallstrategie 2013 – 2022 nicht umgesetzt werden müssen. Die Legislaturziele werden ebenfalls nicht erreicht, es handelt sich um einen schönen Text, der einmal verfasst worden ist. Die Aufträge des Parlaments werden einmal mehr ignoriert oder unerledigt abgeschrieben.

Wenn wir jedoch der Abschreibung nicht zustimmen, hat der Gemeinderat – eventuell der neue Gemeinderat – Zeit, die Vorgaben aus der Abfallstrategie 2013- 2022 umzusetzen, unter anderem auch die Einführung zur Pflicht von Mehrweggeschirr und es müssen keine Ressourcen für Beratungen gesucht werden. Die Pflicht für Mehrweggeschirr kann schlank und ohne grossen Aufwand eingeführt werden. Wenn in der Gemeinde Köniz nur 20 – 25 Veranstaltungen stattfinden, für welche Mehrweggeschirr Pflicht wäre, hat dies wenigstens einen positiven Einfluss auf die Umwelt und sensibilisiert für eine moderne Abfallentsorgung.

Ich bin gespannt auf die Haltung der anderen Fraktionen und hoffe, dass dem Gemeinderat Zeit für die Umsetzung der Strategie gegeben und das Postulat heute nicht abgeschrieben wird.

**Fraktionssprecherin Heidi Eberhard (FDP):** Für den Gemeinderat ist klar, dass eine Pflicht zur Verwendung von Mehrweggeschirr bei Veranstaltungen nur eingeführt werden soll, wenn eine messbare ökologische Verbesserung in Form einer deutlichen Abfallverminderung erzielt werden kann. Unter Ziffer 2, Ökoeffizienz schreibt der Gemeinderat in seinem Bericht bereits, dass aus ökologischer Sicht Mehrweggeschirr dem Einsatz von Einweggeschirr deutlich überlegen ist. Das ist auch meine Ansicht. Erstens wird das Abfallvolumen reduziert und zudem resultiert, gesteuert durch ein Pfandsystem, eine erfreuliche Begleiterscheinung: Es gibt weniger Littering. Öffentlicher Grund ist – wie der Gemeinderat festhält – kein juristisch klarer und eindeutig definierter Begriff. Von der Gemeinde Köniz ist eine als zweckmässig erachtete Stossrichtung definiert worden. Veranstaltungen auf öffentlichem wie auch privatem Grund und die Förderung der freiwilligen Umsetzung. Die Gemeinde Köniz wird die Veranstalter darauf ansprechen. In meinen Augen ist es sehr gut, dass das Thai-Festival erwähnt wird, weil dort vorzusprechen sicher eine gute Sache ist. Man könnte hier sogar anbringen, dass „bring your own plate“ gut wäre. Auch das ist ein eigenverantwortlicher Weg. Der gewählte Weg des Gemeinderats appelliert an die Eigenverantwortung.

Das entspricht auch dem Credo der FDP-Fraktion und von mir selber. Es soll allen bewusst werden, dass wir zu unserer Umwelt Sorge tragen müssen.

Die FDP-Fraktion folgt einstimmig dem Antrag des Gemeinderats auf Abschreibung des Postulats. Es kann sich jeder selbst der Nächste und dafür besorgt sein, nicht zu viel Plastikabfall zu produzieren.

**Fraktionssprecherin Iris Widmer (Grüne):** Die Fraktion der Grünen ist sehr enttäuscht von der mutlosen Antwort des Gemeinderats. Die Verwendung von Mehrweggeschirr bei Veranstaltungen aller Art ist von der Bevölkerung bestens akzeptiert. Ja, es scheint eine Selbstverständlichkeit geworden zu sein, Gläser und Teller wieder zurückzubringen. Das konnte auch am Strassenfest in Wabern festgestellt werden. Wir gehen deshalb davon aus, dass ein Reglement – wenn denn eines vorgelegt worden wäre – ohne grössere Probleme hätte verabschiedet werden können. Unseres Erachtens versteckt sich der Gemeinderat hier auch hinter dem angeblich schwierigen Begriff „öffentlicher Grund“. Ich gebe zu, dass Auslegungsschwierigkeiten bestehen können. Jedoch gerade dazu würde mit einem Reglement die Möglichkeit für den Bereich Mehrweggeschirr Klärung geschaffen. Als Hausherrin von Schulanlagen wäre es für die Gemeinde Köniz ohne weiteres möglich, über die Forderungen des Postulats hinauszugehen und für Schulanlagen und weitere Institutionen generell die Mehrweggeschirrpflicht einzuführen. Sei es für Veranstaltungen mit oder ohne gastgewerbliches Angebot. Auch für Veranstaltungen auf privatem Grund würde Mehrweggeschirr durchaus Sinn machen.

Sehr interessant ist Ziffer 2, Ökoeffizienz, wo der Gemeinderat ausführt, dass – basierend auf Studien – der Einsatz von Mehrweggeschirr gegenüber Einweggeschirr deutlich überlegen ist und vier bis vierzig Mal weniger Umweltbelastungspunkte aufweist. Es führt zu einem geringeren Abfallvolumen und zu weniger Littering. Auf Seite 2 hält der Gemeinderat fest, dass die Einführung von Mehrweggeschirr in der Gemeinde Köniz nicht zu einer messbaren ökologischen Verbesserung in Form einer deutlichen Abfallverminderung führen würde. Ich verstehe nicht, weshalb ausgerechnet in der Gemeinde Köniz die Verhältnisse derart anders sein sollen als in der zitierten Studie. Weshalb es sich ausgerechnet hier nicht lohnen soll, ein Mehrweggeschirr-Reglement einzuführen. Ich halte dies schlicht für eine unbelegte Behauptung, weil man nichts vornehmen will.

Die Fraktion der Grünen stimmt der vom Gemeinderat beantragten Abschreibung nicht zu. Wir haben hier deutlich mehr erwartet. In der Gemeinde Köniz ist noch einiges Potenzial vorhanden. Wir hätten eine Prüfung der Schulanlagen, Institutionen und des privaten Grundes erwartet und die Ausarbeitung eines Reglements erwartet.

**Fraktionssprecher Reto Zbinden (SVP):** Ist es wirklich notwendig, die Bevölkerung und den vielfach ehrenamtlich tätigen Organisatoren von Veranstaltungen immer neue und weitergehende Vorschriften und Reglemente zu machen? Ich glaube nicht.

Auch der SVP-Fraktion ist das Littering ein grosser Dorn im Auge. Wir sind jedoch der Ansicht, dass dies mit Sensibilisierung, mit guter Erziehung, mit Motivation und Infrastruktur gelöst werden kann. Wir sind froh, sieht der Gemeinderat dies auch so. Die vom Gemeinderat initiierten Massnahmen genügen aus unserer Sicht und die Einführung weiterer Vorschriften, die zu mehr Bürokratie und zu viel höheren Kosten führen, ist nicht notwendig. Ich bin nicht sicher, ob die Ökobilanz für Mehrweggeschirr, das für den Abwasch weit herumtransportiert werden muss, gut aussieht.

Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats auf Abschreibung des Postulats zu.

**Fraktionssprecherin Katja Niederhauser (Mitte-Fraktion):** Die Mitte-Fraktion unterstützt grundsätzlich bei Veranstaltungen, wenn die Ökobilanz gesteigert, das Abfallvolumen und das Littering vermindert werden können. Der Gemeinderat hat dargelegt, dass bei rund acht Veranstaltungen auf öffentlichem Grund mit einer Pflicht zur Verwendung von Mehrweggeschirr eine deutliche Abfallverminderung erzielt werden könnte. Obwohl die Kosten zur Einführung von Mehrwegpflicht seitens der Gemeindeverwaltung und der Veranstalter nicht restlos eruiert worden sind, muss dem Kosten-/Nutzenverhältnis Rechnung getragen werden. Da gibt es bezüglich der Studien zur Ökobilanz einige Fragezeichen, ob Abwaschen gegenüber diversen Einwegprodukten wirklich die günstigere Wirkung hätte. Auch wäre eine Umsetzung für die Behörde einfacher und weniger aufwändig als eine Beratung.

Die Mitte-Fraktion stützt jedoch die Meinung, dass eine Förderung der freiwilligen Umsetzung, ob auf öffentlichem oder auf privatem Grund, zielführender ist. Aufklärung und Sensibilisierung anstelle einer Pflicht und die Gleichbehandlung von Veranstaltungsorten, sind dabei unsere wichtigsten Argumente. Deshalb empfiehlt die Mitte-Fraktion die Abschreibung des Postulats und der Umsetzung des Gemeinderats zu folgen.

**Ruedi Lüthi (SP):** Weshalb ist die SP-Fraktion gegen die Abschreibung des Postulats: Wir wollen keine nicht notwendige Beratung aufbauen. Man kann von bereits vorhandenen Dienstleistungen Gebrauch machen. In der Gemeinde Köniz werden zwar nicht viele Anlässe durchgeführt, aber genau bei diesen ist es wichtig, eine Vorbildfunktion aufzuzeigen. Jeder der einmal Mehrweggeschirr gebraucht hat, weiss dass er nicht nur weniger Abfall verursacht, sondern auch weniger Kosten. Beim Gurtenfestival wurde die Mehrweggeschirr-Pflicht nicht nur deshalb eingeführt, weil man der Ansicht war, dass es eine gute Sache ist. Ganz sicher aber aus Kostengründen. Es entsteht viel weniger Littering.

Wenn nun festgehalten wird, dass man der beantragten Abschreibung des Gemeinderats folgt und sagt, dass er nun umsetzen soll: ich habe nicht verstanden was er umsetzen will. Beratung von was? Freiwillig auffordern muss man schon gar nicht mehr, weil wie z. B. am Gurtenfestival oder bei öffentlichen Anlässen im Schlossareal schon längst mit Mehrweggeschirr gearbeitet wird.

Geben wir dem Gemeinderat die Gelegenheit, die Vorgaben aus der Abfallstrategie umzusetzen und stimmen der Abschreibung nicht zu. Der Vorstoss ist vor einem Jahr erheblich erklärt worden und somit bleibt noch genügend Zeit.

**Christian Roth (SP):** Die SP-Fraktion wird der vom Gemeinderat beantragten Abschreibung nicht zustimmen. Es zeichnet sich jedoch eine Zustimmung zur Abschreibung ab und deshalb eine Anregung an die GPK: Ich bitte die GPK, von der entsprechenden Direktion eine Berichterstattung zu verlangen, wie die Umsetzung erfolgt ist und ob es sich bewährt hat, ob die Überlegungen von bürgerlicher Seite in Bezug auf freiwillige Vereinbarungen getätigt worden sind. Das liegt aber im freien Ermessen der GPK.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Es handelt sich tatsächlich um ein wichtiges und berechtigtes Anliegen, das hier mit dem Postulat aufgekommen ist. Es ist wichtig auf eine Verminderung des Abfalls zu achten.

Aus diesem Grund sind umfangreiche Abklärungen getätigt worden, wann, wo – ob auf öffentlichem oder privatem Grund –, wie viele Veranstaltungen stattfinden, welche haben ein grosses Abfallvolumen. Wir haben auch die Verwaltungsgebäude der Gemeinde geprüft und die Schulanlagen und weitere Anlagen im Besitz der Gemeinde Köniz. Welche eine gastgewerbliche Bewilligung benötigen und welche nicht.

Weil die Gemeinde Köniz das Fest zur Einweihung der Kirchstrasse durchgeführt hat, haben wir diese Gelegenheit gleich beim Schopf gepackt und einen Pilotversuch gestartet: Es wurde Mehrweggeschirr eingesetzt. Zwei Fazits: Der personelle Aufwand für die Gemeinde war hoch, was wahrscheinlich darauf zurückzuführen ist, dass noch keine Erfahrung vorhanden ist. Auf der anderen Seite war das Abfallvolumen wirklich klein, viel kleiner als bei anderen Festen in dieser Grössenordnung. Es mussten keine zusätzlichen Abfalltouren durchgeführt werden.

In der Antwort des Gemeinderats ist aufgeführt, was er zu tun gewillt ist. Es sind vor allem zwei Stossrichtungen: Die eine ist, dass wir versuchen werden, die Beratungen zu verstärken. Die andere ist, dass wir mit freiwilligen Vereinbarungen arbeiten wollen. Der Gemeinderat will auf diesem Weg weiterarbeiten.

---

## **Beschluss**

Das Postulat wird abgeschrieben.

Abstimmungsergebnis: 22 Stimmen für Abschreibung, 15 Stimmen dagegen

---

## **11. 1701 Motion (Jugendparlament) "Zeitgemässe Abfallentsorgung in Köniz"**

Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

**Samuel Kaufmann (Vertreter Jugendparlament):** Es freut mich, hier das Jugendparlament präsentieren zu dürfen. Ganz kurz zu meiner Person: Ich wohne im Liebefeld, bin dort aufgewachsen und seit zweieinhalb Jahren Mitglied des Jugendparlaments.

Wir haben im Jugendparlament die Abfallsituation diskutiert. Abfall begleitet uns im Alltag sehr oft und vielfach beachten wir ihn gar nicht mehr. Für viele ist es am Mittag selbstverständlich, eine Petflasche in den Abfall zu werfen, man hat gar keine anderen Möglichkeiten. Abfall spielt für die Umwelt eine sehr zentrale Rolle, wenn man ihn gut verwertet, können grosse Schäden vermieden werden. Wir sehen daher eine grosse Problematik für die Zukunft.



Der Antwort des Gemeinderats kann entnommen werden, dass im Liebefeld Park die getrennte Abfallentsorgung getestet wird und das freut uns sehr. Auch freut uns, dass die Synergie mit den Planungen der Stadt Bern gesucht wird, die von 2017 – 2019 Versuche mit getrennten Abfallentsorgungen vornehmen will. Leider ist es zurzeit immer noch so, dass die Abfalleimer im Sommer schnell voll sind, weil viele im öffentlichen Raum unterwegs sind. Deshalb fordern wir mit der Motion auch, dass die Abfalleimer regelmässiger geleert oder dass grössere hingestellt werden. Der Gemeinderat hielt in seinem Bericht fest, dass er dies versuchen wird. Wir sind jedoch der Ansicht, dass diesem Problem eine grössere Priorität eingeräumt werden sollte. Nach unserer letzten Sitzung haben wir deshalb einige Abfalleimer fotografiert und einige davon waren stark überfüllt. Die Fotos sind auf der Website des Jugendparlaments ersichtlich.

Wir setzen uns auch dafür ein, dass Vorrichtungen vorhanden sind, mit welchen der Abfall getrennt entsorgt werden kann. Das ist nicht überall notwendig, jedoch an zentralen Orten wäre das Vorhandensein solcher Möglichkeiten sehr vorteilhaft. Gerade die Gemeinde Köniz mit dem Energielabel Gold sollte sich hier für eine bessere Politik einsetzen. Damit in der Bevölkerung ein gewisses Umdenken stattfinden kann, sollte der Gemeinderat mit gutem Beispiel vorangehen und Möglichkeiten schaffen, dass der Abfall an zentralen Orten getrennt entsorgt werden kann. Zudem soll er sich dafür einsetzen, dass keine überfüllten Abfalleimer mehr vorhanden sind.

Wir stimmen dem Antrag des Gemeinderats auf Erheblicherklärung als Postulat zu.

**Fraktionssprecher Michael Lauper (SVP):** Die SVP-Fraktion nimmt die Arbeit und das aktive Mitdenken des Jugendparlaments zur Kenntnis. Jedoch haben sich uns einige Fragen zur Motion gestellt. Auch wir sind der Ansicht, dass es richtig ist, die verschiedenen Abfallarten getrennt zu entsorgen, damit sie wenn möglich wiederverwertet werden können.

Bei uns löste der Vorstoss trotzdem einige inhaltliche Zweifel aus. Der Gedanke von Selbstverantwortung, wie er bereits zu Traktandum 10 zu hören war, fehlt uns hier. Ist es zu viel verlangt, wenn bis zur nächsten Abfallentsorgungsmöglichkeit einige Schritte getan werden müssen? Oder ist es zu viel verlangt, wenn man den Abfall dessen was man von zu Hause mitnimmt, auch wieder zu Hause entsorgt? Ich denke hier vor allem an Picknicks, die auf öffentlichem Grund stattfinden. Zudem sind wir auch der Ansicht, dass in der Gemeinde Köniz für eine nachhaltige Kehrichtentsorgung bereits sehr viel getan wird. Von Privaten, wie auch von der Gemeinde.

**Ruedi Lüthi (SP):** Ich persönlich finde es schade, dass die Motion zur Erheblicherklärung als Postulat beantragt wird, denn es wird dasselbe passieren wie in Traktandum 10 vorhin. Wir werden dazu nicht mehr vom aktuellen Gemeinderat hören, sondern vom neuen, dass ein Bericht erstellt worden ist, mit dem auf Freiwilligkeit gesetzt wird. Zu Gemeinderätin Rita Haudenschild: Es ist ein Unterschied, ob man eine Veranstaltung selber durchführt oder nur berät, denn mit der Organisation entsteht viel mehr Aufwand und deshalb war der Vergleich mit dem Wabern-Fest vorhin sehr schlecht.

**Fraktionssprecherin Iris Widmer (Grüne):** Wir unterstützen die Forderung des Jugendparlaments und finden es richtig und angezeigt, im Rahmen eines Postulats nochmals notwendige Abklärungen vorzunehmen und die Erfahrungen anderer Gemeinden einzuholen.

Ich bin zuversichtlicher als Ruedi Lüthi und ganz sicher wird sich die Fraktion der Grünen dafür engagieren, dass dieses Projekt nicht stirbt.

Die Fraktion der Grünen stimmt dem Antrag des Gemeinderats mit guter, bester und ehrlicher Hoffnung auf Erheblicherklärung als Postulat zu.

**Fraktionssprecherin Cathrine Liechti (SP):** Im Gegensatz zum vorhergehenden Vorstoss beraten wir hier über die Abfallentsorgung und nicht mehr über die Abfallentstehung.

Die SP-Fraktion freut sich sehr über den Vorstoss des Jugendparlaments. Sehr begrüssenswert finden wir die Separatsammlung, die im Liebefeld Park bereits getestet wird. Zur Abfalltrennung, die im Eichholz bereits vorhanden ist und die vom Gemeinderat als gutes Beispiel genannt wird: Diese kann zurzeit als etwas minimalistisch bezeichnet werden, weil Wichtiges wie Pet-, Papier- und Aluminium-Separatentsorgungen noch fehlen, wie sie beispielsweise im Marzili-Bad in Bern schon längst vorhanden ist.

Die Abfallentsorgungen und auch die Abfalltrennung beginnt nicht im Liebefeld Park und endet nicht dort, sondern sie muss regional stattfinden. Ein Beispiel ist der an die Gemeinde Köniz angrenzende Steinhölzli-Wald, der teilweise eher als Müllgrube bezeichnet werden muss denn als Wald.

Deshalb sieht es die SP-Fraktion als sehr sinnvoll an, wenn die Gemeinde Köniz hier Synergien mit der Stadt Bern nützen würde und sich deren Pilotversuch auf einer der Gemeinde Köniz angepassten Weise anschliessen würde.

Auch uns sind die stark überfüllten Abfalleimer in den Zentren von Köniz und Liebefeld negativ aufgefallen. Die bestehende Situation der Abfallentsorgung wird zwar im Bericht des Gemeinderats sehr detailliert beschrieben, sie ist jedoch oft ungenügend.

Als Jugendparlamentarierin hoffe ich, auch wenn in der Gemeinde Köniz der Aufwand für Getrenntsammlungen an einigen Orten sehr hoch ist, dass diese zum Standard werden. Weil dann die Möglichkeit der getrennten Entsorgung besteht und die Bevölkerung dann hoffentlich dazu sensibilisiert sein wird, könnte damit auch die Problematik mit den Fehlwürfen verhindert werden.

Die SP-Fraktion stimmt der vom Gemeinderat beantragten Erheblicherklärung als Postulat zu, in der Hoffnung auf eine zukünftige zeitgemässe Abfallentsorgung.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Ganz generell bin ich doch der Ansicht, dass die Abfallentsorgung der Gemeinde Köniz zeitgemäss ist. Verbessert werden kann jedoch immer und deshalb beantragen wir die Erheblicherklärung des Vorstosses als Postulat.

Der Vorstoss will, dass an weiteren öffentlichen Orten Möglichkeiten für Separatsammlungen eingerichtet werden. Das kann bei den Sammelstellen der Grossverteiler und im Werkhof bereits jetzt gemacht werden. Im Werkhof sind Möglichkeiten für die Entsorgung der verschiedensten Abfälle vorhanden. Die SBB bieten in ihren Bahnhöfen Möglichkeiten für die Getrenntsammlung von Abfall an und deshalb ist die Idee vorhanden, dies auch an öffentlichen Orten und Plätzen anzubieten. Wir denken, dass am Pilotversuch mitgemacht werden kann und deshalb wurde von mir veranlasst, dass seit anfangs Juni 2017 im Liebefeld Park eine solche Anlage eingerichtet ist. Im Liebefeld Park können Glas, Aluminium, Pet und gemischter Abfall separat entsorgt werden. Weshalb kein Papier? Im Liebefeld Park ist der Anfall von Papier nicht sehr gross und deshalb keine Separatsammlung notwendig. Mit der Separatsammlung wollen wir nun erste Erfahrungen sammeln. In den bisherigen drei Wochen konnte festgestellt werden, dass zum Glück bis anhin eher wenige so genannte Fehlwürfe vorkamen – d. h. die einzelnen Boxen sind weniger verschmutzt als angenommen. Das im Gegensatz zum Eichholz, wo doch ziemlich viel vermischt wird. Es ist zudem festgestellt worden, dass nicht übermässig viel – wie befürchtet – zusätzlich im Liebefeld Park entsorgt wird. Die Befürchtung bestand, dass hier eine Konkurrenz zu den anderen Entsorgungsstandorten entstehen könnte. Es findet keine eigentliche Verlagerung statt. Ende Saison wird die Getrenntentsorgung evaluiert und über das weitere Vorgehen bestimmt.

Ich bitte Sie, der vom Gemeinderat beantragten Erheblicherklärung als Postulat zuzustimmen, damit wie beschrieben weitergearbeitet werden kann.

---

### **Beschluss**

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

---

## **12. Verschiedenes**

Folgende Vorstösse werden neu eingereicht:

- 1713 Motion (Grüne Köniz, Junge Grüne Köniz) „Ein neues Kulturkonzept für Köniz“
- 1714 Dringliche Motion (FDP.Die Liberalen Köniz) „Anpassungen im Reglement über den Ausgleich von Planungsvorteilen“
- 1715 Motion (BDP) „Rappentöri – Eine derart starke Minderheit muss berücksichtigt werden“

**Fritz Hänni (SVP):** Ein Wort noch in Bezug auf die Abfallentsorgung: An unserem Marktstand in Köniz können wir feststellen, dass sehr viele Kundinnen und Kunden mit – von Grossverteilern angebotenen – Mehrwegsäcklein vorbeikommen, in welchen man das Gemüse mitgeben kann. Somit entsteht viel weniger Abfall und auch wir brauchen viel weniger Plastiksäcklein. Solch freiwilliges Vorgehen ist besser als alles immer reglementieren zu wollen.

Eine Anregung: Man könnte sogar hier im Parlament mit der Zurverfügungstellung von kleinen Petflaschen aufhören und anstelle dessen grosse Wasserkrüge bereitstellen. Vielleicht könnten wir so als gutes Beispiel vorangehen.

**Ruedi Lüthi (SP):** Heute Abend haben wir über den Runden Tisch zur Gurtendorfstrasse gehört. Ich spreche hier als Vertreter der Leiste: Solches Vorgehen begrüßen wir Leiste sehr und es wäre in meinen Augen gut, würde dieses Instrument vermehrt eingesetzt. Ich wohnte 12 Jahre neben dem Morillon-Schulhaus und die dort Anwohnenden sind zurzeit sehr besorgt, weil aufgrund der Sanierung der Kirchstrasse in diesem Gebiet keine Fussgängerstreifen mehr aufgemalt sind. Ich würde es als gut empfinden, wenn dazu ein Runder Tisch einberaumt würde. Die Frage an Gemeinderätin Katrin Sedlmayer: Sind andere Instrumente vorhanden, mit welchen die Anwohnenden informiert werden?

**Parlamentspräsident Andreas Lanz** Das Parlamentsbüro hat den Sitzungsplan 2018 für das Parlament, die GPK und die Finanzkommission am 14. Juni 2017 beschlossen. Der Terminplan ist auf der Homepage der Gemeinde Köniz öffentlich einzusehen. Die Termine werden Ihnen digitalisiert zugestellt, damit sie diese in Ihren Outlook importieren können.

Der vom Gemeinderat beantragten Verlängerung der Beantwortungsfrist für die Interpellation 1710 „Arbeitsvergabe in der Gemeinde Köniz“ bis zum 16. August 2017 hat das Parlamentsbüro zugestimmt.

Die Schweizerische Gesellschaft für Parlamentsfragen hat zu einer Tagung am 11. November 2017 in Lausanne eingeladen, Thema ist „Die Oberaufsicht über die Gerichte, Rolle und Kompetenzen des Parlaments“. Bei Interesse melde man sich bis zum 30. Juni 2017 bei Verena Remund.

Sie haben heute eine E-Mail erhalten, wo darauf aufmerksam gemacht wird, dass man auf den Versand der Parlamentsunterlagen per Post verzichten kann. Wer dies neu wünscht, kann das bei Verena Remund kundtun.

Ich danke fürs Ausharren und wünsche allen, die Ferien haben, schöne Ferien und Ihnen allen einen schönen Sommer. Wir sehen uns in alter Frische am 21. August 2017 wieder.

Im Namen des Parlaments

Andreas Lanz  
Parlamentspräsident

Verena Remund  
Leiterin Fachstelle Parlament